©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

GERLINDE RUNGE

LINKSLIBERALE EMIGRANTEN IN GROSSBRITANNIEN: ÜBERLEGUNGEN ZU GESELLSCHAFT UND DEMOKRATIE IM NACHKRIEGSDEUTSCHLAND *

Durch die Krise von Gesellschaft und Demokratie in der Weimarer Republik war kaum eine andere Gruppe so stark betroffen wie der Linksliberalismus als politisch-soziale Bewegung. Dementsprechend haben sich liberale Emigranten mit der Entwicklung eines kohärenten Gesellschaftsbildes besonders schwergetan. Die hier zur Debatte stehenden Denkansätze haben sich nicht zu einem geschlossenen Gebäude verdichtet. Sie blieben disparat und unverbindlich und deuten – ähnlich wie bei der FDP und ihren Vorläufern – auf die Spannweite politischer und sozialer Positionen des Nachkriegsliberalismus hin [1] Zweierlei ist ihnen gemeinsam: Zum einen das Verständnis des Nationalsozialismus als Ausdruck einer umfassenden geistigen und sozialen Krise, erkennbar an der Krise der bürgerlich-liberalen Gesellschafts- und Verfassungsordnung und des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Damit gingen sie erheblich über die ansonsten im liberalen Lager verbreitete Neigung zu personalisierender Deutung des Nationalsozialismus hinaus. Zum anderen galt es, den zukünftigen Besatzungsmächten gegenüber eine bürgerlich-demokratische Position abzustecken, die von dem erwartungsgemäß engen Handlungsspielraum der deutschen Nachkriegspolitik weitgehend abstrahieren mußte.

Die außenpolitischen Voraussetzungen, auf denen alle Ordnungsentwürfe basierten, war die Fortsetzung der Kriegsallianz in einem angloamerikanisch-sowjetischen Kondominium in Europa. Darin sah man eine unerläßliche Bedingung für die Einheit Deutschlands, einen sicheren Frieden und für eine stabile Demokratie. Noch unbeeinflußt von den sehr kontrovers gedeuteten deutschen Weichenstellungen, lassen die Konzepte unverfälscht die Anforderungen an die „Stunde Null" wie in mancher Hinsicht auch ihre Zeitbezogenheit erkennen.

---

* Bei dem Aufsatz handelt es sich um die erweiterte Fassung eines Vortrags, der anläßlich eines Kolloquiums in der Theodor-Heuß-Akademie in Gummersbach gehalten wurde.

[1] Dazu Theo Rütten, Der deutsche Liberalismus 1945 bis 1955. Deutschland- und Gesellschaftspolitik der ost- und westdeutschen Liberalen in der Entstehungsphase der beiden deutschen Staaten, Baden-Baden 1984; Dieter Hein, Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949, Düsseldorf 1985; Karsten Schröder, Die FDP in der britischen Besatzungszone 1946–1948. Ein Beitrag zur Organisationsstruktur der Liberalen im Nachkriegsdeutschland, Düsseldorf 1985.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Mittelpunkt der folgenden Darstellung stehen Linksliberale im Exil in Großbritannien, deren Wortführer im Gegensatz zu den liberalen Flüchtlingen in Paris 1930 den Schritt von der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) zur Deutschen Staatspartei (DStP) mitvollzogen hatten. Ebenso waren sie an denjenigen Sammlungsbestrebungen im sozial und parteipolitisch aufgewühlten bürgerlichen Mittelfeld beteiligt gewesen, die versucht hatten, die traditionellen Parteischranken und die bourgeoise Begrenzung der republikanisch-demokratischen Kräfte auf nichtsozialistischer Seite zu überwinden. Der parteiengeschichtlich orientierte Ansatz bezieht sich auf ehemalige Mitglieder der Führungsgremien der DDP/DStP und solche Parteimitglieder, die exilpolitisch oder publizistisch hervorgetreten sind[2]. An erster Stelle zu nennen sind August Weber, zuletzt Fraktionsvorsitzender der Reichstagsfraktion der DStP[3], Dietrich Erich Mende[4], zeitweilig Pressesprecher im preußischen Finanzministerium und persönlicher Referent des Ministers Hermann Höpker-Aschoff, sowie Hans Albert Kluthe[5], Nachwuchspolitiker aus der Jugend-

[2] Die Gesamtzahl linksliberaler Emigranten in Großbritannien, auf die die etwas erweiterten Kriterien des „Biographischen Handbuchs der deutschsprachigen Emigration nach 1933", 3 Bände, München 1980–1983, zutreffen, beträgt nach bisherigem Kenntnisstand etwa 40 Personen. Davon haben sich etwa 20% zumindest sporadisch an exilpolitischen Aktivitäten beteiligt, auch publizistisch geäußert oder sich im Rahmen der britischen politischen Kriegsführung betätigt. Dieses Engagement lief quer zur Scheidelinie zwischen einer jüdischen Mehrheit und der nichtjüdischen Minderheit unter den Emigranten linksliberaler Herkunft. Die Zahl von unbekannt gebliebenen jüngeren oder nur nominellen Parteimitgliedern dürfte indes erheblich sein.

[3] August Weber (1871–1957), Dr. jur., Bankier, Vorstandsmitglied des Hansabundes und des Reichsverbands der Deutschen Industrie, 1931/32 geschäftsführender Vorsitzender der DStP in Vertretung des Parteivorsitzenden Hermann Dietrich; seit 1933 als Wirtschaftsprüfer tätig, wiederholte Verhaftung, im Februar 1939 illegal nach Großbritannien ausgewandert. Im Londoner Exil bemühte sich Weber besonders 1939/40 vergeblich um eine Zusammenfassung der unterschiedlichen politischen Richtungen, gehörte nacheinander mehreren überparteilichen Gruppierungen an und trat gelegentlich publizistisch hervor.

[4] Dietrich Erich Mende (geb. 1899), Dr. phil., berufliche Anfänge in der Harburger Kommunalverwaltung, im Reichstagswahlkampf von 1928 Wahlkampfleiter des liberalen Gewerkschaftsführers Anton Erkelenz, 1928/29 Chefredakteur der „Hilfe", nach Höpker-Aschoffs Rücktritt bis 1933 Personalreferent für die höhere Verwaltung im preußischen Finanzministerium, 1935 auf eigenen Antrag Entlassung aus dem Staatsdienst, 1937 nach illegaler Tätigkeit Emigration nach Großbritannien. In London war Mende seit 1941 Redakteur, ab 1942 politischer Redakteur und seit 1944 Chefredakteur des bürgerlichen Wochenblatts „Die Zeitung" (Auflage: ca. 20000), die vom britischen Informationsministerium in Zusammenarbeit mit dem Foreign Office herausgegeben wurde. Innerhalb des von den Interessen britischer Politik abgesteckten Rahmens genoß das Blatt in weniger sensiblen Bereichen einen relativ großen Freiraum.

[5] Hans Albert Kluthe (1904–1970), bis 1934 juristischer Mitarbeiter im Verband Leitender Angestellter, u. a. Mitglied des Reichsparteiausschusses der DDP, des Reichsbundes der Jungdemokraten, Vorstandsmitglied der Jungliberalen Internationale, nach illegaler Tätigkeit 1936 Emigration nach Großbritannien; in London von 1938–1940 Redakteur bzw. zuletzt Chefredakteur der Monatsschrift der bürgerlich-demokratischen Deutschen Freiheitspartei, „Das wahre Deutschland" (Auflage: ca. 3500), 1941/42 Redakteur bei dem ersten deutschsprachigen Schwarzsender im Rahmen der britischen psychologischen Kriegsführung, „Hier spricht Deutschland auf der Welle 30,2 . . .", seit 1942 in der zentralen britischen Propagandaorganisation Political Warfare Executive tätig.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

organisation der DDP/DStP und dem Umkreis des späteren stellvertretenden Bundesvorsitzenden der FDP, Hermann Schäfer. Fritz Demuth, der sich erst im Zusammenhang mit der Sammlung der bürgerlichen Mitte politisch aktiv eingeschaltet hatte, spielte – soweit es sich um Nachkriegsplanungen handelte – kaum eine Rolle und kehrte nach Kriegsende nicht nach Deutschland zurück[6]. Keiner der drei anderen hat sich in der Bundesrepublik wieder einer politischen Partei angeschlossen, wenn auch durchaus Kontakte zur FDP bestanden. Infolge der völligen Desintegration und organisatorischen Zersplitterung des liberalen Exils, die einen parteipolitischen Kontinuitätsanspruch nicht aufkommen ließen und eine koordinierte Zukunftsplanung schon in den ersten Ansätzen erstickt hatten, stützt sich die Untersuchung auf individuelle Ausarbeitungen und Äußerungen[7]. Nach einer Skizzierung des Gesellschaftsbildes der linksliberalen Exilanten werden die Schlußfolgerungen untersucht, die daraus für Gesellschaft und Demokratie gezogen wurden. Am Schluß steht eine Gegenüberstellung der Konzepte mit einigen Aspekten gesellschaftlicher Entwicklung in der Phase der Weststaatsgründung.

I.

Den Ausgangspunkt aller gesellschaftspolitischen Überlegungen im Exil bildete die Auflösung der überkommenen Sozialordnung. Die Beschäftigung mit strukturellen Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft darf freilich nicht unbesehen als typisch für Linksliberale im Exil angenommen werden. Sie wurde immer wieder durch die brennende nationale Frage überlagert. Die wichtigsten Aspekte des Gesellschaftsbildes lassen sich folgendermaßen umreißen:

Die Beschäftigung mit den konservativen Eliten in Großgrundbesitz, Armeeführung und Großindustrie, die im gesamten liberalen Exil und im angloamerikani-

---

[6] Fritz Demuth (1876–1965), Dr. phil., bis 1933 volkswirtschaftlicher Syndikus der Industrie- und Handelskammer Berlin und geschäftsführendes Mitglied des Kuratoriums der Handelshochschule Berlin. 1933 Emigration in die Schweiz, dort Mitbegründer, seit 1936 in London Vorsitzender des Komitees der „Notgemeinschaft deutscher Wissenschaftler im Ausland". Auf seiner Tätigkeit für die Vermittlung von geflüchteten und vertriebenen deutschen Wissenschaftlern an ausländische Hochschulen beruhte seine Bedeutung und sein Ansehen im Exil. 1939 zusammen mit A. Weber vergebliche Bemühungen um eine Einigung der politischen Exilgruppen, seit Ende 1939 für die Political Warfare Executive bzw. deren Vorläufer tätig.

[7] Auch wenn es nicht möglich ist, quantitative Aussagen über die Repräsentativität der verschiedenen Konzepte zu machen, scheint es nicht zweifelhaft, daß sie unterschiedliche Strömungen im liberalen Exil zutreffend widerspiegeln. – Ein Nachlaß existiert nur für Kluthe und befindet sich, ebenso wie ein NL-Splitter von Demuth und masch. Lebenserinnerungen von Weber, im Bundesarchiv in Koblenz. Mendes masch. Lebenserinnerungen aus der Weimarer Zeit sind in seinem persönlichen Besitz. Für die Gelegenheit zur Einsichtnahme sowie zahlreiche Sach- und Hintergrundinformationen habe ich Herrn Dr. Mende zu danken. Für diesen Aufsatz wurde darüber hinaus, neben verstreuten Dokumenten aus dem Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, dem Archiv der sozialen Demokratie, dem Archiv des deutschen Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung (Gummersbach) und dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte (Amsterdam) die Publizistik linksliberaler Emigranten in Großbritannien herangezogen.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Feindbild als Stützen des Nationalsozialismus und Exponenten traditioneller deutscher Machtpolitik eine zentrale Rolle spielten, ließ gegen Kriegsende etwas nach, nachdem die Möglichkeit einer Ablösung des NS-Regimes durch eine Diktatur „der Schwerindustriellen, Junker und Generäle"[8] ferngerückt war. Die Haltung zu dieser Schicht war nie ganz frei von Ambivalenzen gewesen. Einer starken Hervorhebung des Anteils dieser Gruppen an der Machtergreifung stand noch bis nach dem Polenfeldzug die Vorstellung gegenüber, daß ein Übergangsregime nach Hitler auf Armee und Industrie als potentielle Ordnungsmächte nicht verzichten könne[9].

Diese Position, deren unerwünschte soziale und politische Folgen für einen Neubeginn nicht übersehen wurden, war von dem stärker links orientierten Kreis liberaler Publizisten um Georg Bernhards „Pariser Tageblatt" immer strikt abgelehnt worden[10]. Seit dem deutschen Überfall auf die skandinavischen Staaten und Frankreich im Frühjahr 1940 indes galten die traditionellen Führungseliten – besonders die Armee – als politisch und moralisch diskreditiert, auch wenn die Hoffnung auf einen Putsch immer wieder aufflammte. Für einen demokratischen Neubeginn und eine zukünftige europäische Orientierung deutscher Politik erschienen sie untragbar[11]. Anders als in sozialdemokratischer Sicht ging es den Liberalen im Exil freilich mehr um die politische Ausschaltung der zum Teil vordemokratischen Eliten als um die Zerstörung gesellschaftlicher Grundlagen konservativer Machtpositionen.

Eindeutig im Mittelpunkt des Interesses standen naturgemäß die Umschichtungen in der bürgerlichen Mitte als eines der Phänomene einer umfassenden und langfristig wirksamen Krise, die im NS-Staat lediglich ihre weitere Zuspitzung erfahren habe[12]. Mit der Darstellung des Schrumpfungsprozesses im gewerblichen und bäuerlichen Mittelstand als Folge von Betriebsstillegungen und forcierter Industrialisie-

---

[8] Kluthe an den Volkssozialisten Hans Jaeger am 1.8.1941, in: Bundesarchiv (BA), NL Kluthe 30, Bl. 221.

[9] Weber, „Sofort-Programm" vom 18.9.1939, in: BA, NL Kluthe 45, Bl. 176. Dieses Programm und eine leicht überarbeitete Fassung davon („Übergangsmaßnahmen") befinden sich auch im Archiv der sozialen Demokratie (AsD), Bestand Emigration/Sopade, Mappe 191.

[10] Walter F. Peterson, The Berlin Liberal Press in exile. A history of the „Pariser Tageblatt – Pariser Tageszeitung", 1933–1940, Tübingen 1987, S. 104 f.

[11] Kluthe an den Begründer der Deutschen Freiheitspartei und ehemaligen Zentrumsmann Carl Spiecker am 13.5.1940, in: BA, NL Kluthe 22, Bl. 300; vgl. auch Kluthes undatiertes Memorandum „Elements of Stability in Germany" für die britische Organisation „Political and Economic Planning" (Ende 1941), in: BA, NL Kluthe 44, B. 361 f., wo die deutsche Armee zu den Kräften gerechnet wird, „which hinder peaceful reconstruction and constitute elements of danger". Eine ähnliche Bewertung durchzieht sämtliche Jahrgänge der „Zeitung", vgl. z.B. Mende, „Vollendete Tatsachen", 14.8.1942, Nr. 284. So verwundert es nicht, daß eine angemessene Würdigung von Hintergründen und Resonanz des Staatsstreichs vom 20. Juli 1944 erhebliche Schwierigkeiten bereitete.

[12] Diese Grundüberzeugung liegt der anonym veröffentlichten Propagandaschrift Webers vom Frühjahr 1939 zugrunde: Hitler Calls This Living, London 1939; vgl. die von Weber herausgegebene, z.T. fiktive Briefsammlung: Uncensored Germany. Letters and News Sent Secretly from Germany to the German Freedom Party, London 1940. Grundlegend für Mendes Sicht der sozialen Krise der Zeit: „Vollendete Tatsachen" (siehe Anm. 11) und „Was nottut", in: Die Zeitung vom 14.2.1944, Nr. 361.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung, von Landflucht und Steckenbleiben bäuerlicher Siedlungspolitik wurde zwar eine Facette der sozialen Realität des „Dritten Reiches" zutreffend beschrieben, als Zerstörung des Mittelstandes und „Vernichtung der besten Kräfte des Volkes" war sie indes – wie schon oft zuvor in der Geschichte des deutschen Liberalismus – stark überzeichnet[13]. Trotz einer rationaleren Bewertung dieses Trends gegen Kriegsende und des Bemühens, den sozialen Veränderungen Rechnung zu tragen, blieb die Bindung liberalen Denkens an traditionell geprägte, überschaubare Sozialmilieus mit ihrer typischen Wertewelt erhalten. Sie wies nicht von ungefähr zahlreiche Parallelen zu Wilhelm Röpkes etwa gleichzeitig konzipierten Analysen auf[14]. Von der Vorbildhaftigkeit kleinräumiger Gebilde mit ausgeglichener Sozialstruktur wie etwa Württembergs oder der Schweiz wurden nur geringe Abstriche gemacht.

Ein zivilisationskritisches Unbehagen an der Entwicklung zur modernen Industriegesellschaft, das sich besonders deutlich in dem Kreis um die „Deutsche Freiheitspartei" artikulierte, speiste sich aus Elementen traditioneller Mittelstandsideologie, die in einer breiten und unabhängigen Mittelschicht die Voraussetzung für eine stabile Demokratie sah. Dabei schwang auch Kritik an der mangelnden politischen Gestaltungskraft, der geistig-moralischen Desorientierung und der fehlenden westlich-humanistischen Ausrichtung der bürgerlichen Oberschichten mit. Sie wurde freilich durch gleichzeitige Appelle zu einer Rückbesinnung des deutschen Bürgertums auf diese Werte ergänzt[15]. Insgesamt ist die unausgeglichene Balance zwischen kulturpessimistischer Resignation und optimistischem Engagement, eine Konstante des liberalen Selbst- und Menschenverständnisses seit der Jahrhundertwende, ein Hauptkennzeichen liberalen Exildaseins bis Kriegsende geblieben[16].

Für die nüchterne Sicht von Mende bedeutete der Durchbruch der Moderne in Industrie und Gesellschaft zugleich den unabwendbaren Untergang des Bürgertums

---

[13] [August Weber], „Armer deutscher Mittelstand!", in: Das wahre Deutschland, August 1940, Nr. 28, S. 18. Dieser Artikel ist ein typisches Beispiel für die Art der Erörterung der Gesamtproblematik, die im Vordergrund der gesellschaftspolitischen Propaganda der Deutschen Freiheitspartei stand. Zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der städtischen und ländlichen Mittelschichten im „Dritten Reich" vgl. von den Arbeiten H. A. Winklers besonders: Der entbehrliche Stand. Zur Mittelstandspolitik im „Dritten Reich", in: Archiv für Sozialgeschichte 17/1977, S. 1–40.

[14] Wilhelm Röpke, Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Erlenbach-Zürich 1942, und Civitas humana, Erlenbach-Zürich 1944.

[15] Dazu die vermutlich von Spiecker verfaßten, stark propagandistisch gefärbten Appelle zur „Befreiung des Bürgers" vom bourgeois zum citoyen, zum „Bürgercivis", zur „Rebellion aus zivilem Gewissen": „Die Prüfung des deutschen Bürgertums" und „Die Rolle der Gebildeten", in: Das wahre Deutschland, März 1939, Nr. 15, S. 7–10, und April 1939, Nr. 16, S. 11–15; Kluthe an den linksliberalen ehemaligen Wirtschaftsredakteur der Frankfurter Zeitung, Hans Kallmann, am 12. 8. 1939, in: BA, NL Kluthe 28, Bl. 153.

[16] Zu diesem Zug des liberalen Bürgertums: James J. Sheehan, German Liberalism in the Nineteenth Century, Chicago/London 1978, S. 254 ff. Eine anschauliche Illustration bietet der Vergleich der Korrespondenz zwischen Demuth und Brüning um die Jahreswende 1944/45 (Heinrich Brüning, Briefe und Gespräche 1934–1945, Bd. I, hrsg. von Claire Nix, Stuttgart 1974, S. 427) mit einem undatierten Vortragsmanuskript Demuths unter dem Titel „Demokratie" (1945/46), in: BA, Kl. Erw. 780.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von Besitz und Bildung als einer historisch geprägten sozialen Schicht, auch wenn die Hoffnung auf ein Fortleben bürgerlicher Wert- und Verhaltensmuster einen hohen Stellenwert in seinem politischen Denken einnahm. „1919 hatte das Bürgertum seine Blüte- und Erntezeit hinter sich; jetzt forderte die kollektivisierte [sic] Masse ihren Anteil am Staat, ihren Einbau in die Gesellschaft, in deren Hierarchie sie bisher keinen Platz gefunden hatte."[17] Von den sozialen Kräften der älteren deutschen Gesellschaft verfügte für Mende vor allem das Bauerntum über erneuerungsfähige Reserven.

Die Nähe aller Analysen zu konservativen Deutungsmustern verriet sich in Metaphern wie der „Proletarisierung" des Mittelstandes oder der „Nivellierung" der deutschen Gesellschaft zur „Massengesellschaft". Dem entsprach die Deutung der Entwicklung im „Dritten Reich" als soziale Revolution in Anlehnung an Hermann Rauschning[18]. Diese Beschreibung des Bedeutungsverlusts des Bürgertums, die im gesamten liberalen und bürgerlichen Exil großen Widerhall fand, argumentierte jenseits aller Anspielungen auf die sozialen Ziele des Nationalsozialismus oder das Klassenverhältnis zwischen Kapital und Arbeit und bezog nicht zuletzt die Zerstörung aller moralischen, religiösen und kulturellen Werte der bürgerlich geprägten Gesellschaft mit ein. Damit war freilich das Reservoir an Gemeinsamkeiten zwischen bürgerlich-demokratischen und konservativen Oppositionellen erschöpft. Als Grundlage einer gemeinsamen Plattform im Exil reichte dies nicht aus.

Wenn liberale Emigranten für die Erhaltung traditioneller Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft wie Bürokratie und Kirche plädierten, so verband sich damit zumindest ansatzweise die Vorstellung von deren innerer Erneuerung. Sie orientierte sich an dem Resistenzpotential, das die katholische und die Bekennende Kirche wie die Kirchen besetzter Staaten der totalitären Durchdringung ihrer Gesellschaften entgegenstellten. Sie nahmen also „die eminent politische Bedeutung" kirchlicher Selbstbehauptung ins Visier[19], die sich aus der Verteidigung geistig-moralischer Freiräume und eines autonomen Wertsystems ergab, von Werten, die nach übereinstimmender Auffassung „Grundlage jedes sittlichen Staatsgebildes und das Fundament aller sozialen Beziehungen" sein mußten[20]. Daneben fanden zum Teil die gesellschaftspolitischen Reformbestrebungen im katholischen Lager Beachtung. Schließlich blieb der Gedanke einer die nationalen Grenzen überspannenden christlichen Solidarität nicht ohne Wirkung auf liberale Emigranten in einer

---

[17] Mende, „Weimar nach 25 Jahren", in: Die Zeitung vom 24.3.1944, Nr. 368.

[18] Hermann Rauschning, Die Revolution des Nihilismus. Kulisse und Wirklichkeit im Dritten Reich, Zürich/New York 1937; neu hrsg., mit einer Einleitung von Golo Mann, Zürich 1964; vgl. Mende, „Vollendete Tatsachen", in: Die Zeitung vom 14.8.1942, Nr. 284.

[19] Kluthe an den protestantischen Pfarrer und gelegentlichen Mitarbeiter des „Wahren Deutschland", Hans Ehrenberg, am 25.5.1940, in: BA, NL Kluthe 29, Bl. 83.

[20] „Wahre und falsche Autorität", in: Das wahre Deutschland, Januar–März 1940, Nr. 23, S. 20. Skeptischer hinsichtlich der Erneuerungsfähigkeit der Kirchen äußerte sich Weber, auch wenn er eine ethisch-religiöse Fundierung geistiger Neubesinnung für erforderlich hielt.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Umwelt, die Deutsche und Nationalsozialisten zunehmend miteinander identifizierte[21].

In der Einschätzung der Ministerialbürokratie als eines wesentlichen Elements deutscher Staatlichkeit auch in einem erneuerten Deutschland gab es nur graduelle Unterschiede. Anders als in der angelsächsischen öffentlichen Meinung üblich, wurden die bürokratischen Eliten nicht mit der Machtergreifung Hitlers in Verbindung gebracht. Kontrovers blieb dagegen die Bewertung ihrer politischen Ausrichtung in der Weimarer Republik und ihrer personellen und geistigen Durchdringung durch den Nationalsozialismus. Der Bogen spannte sich von Demuths Bezeichnung der kaiserlichen und Weimarer Reichsbeamten als „immer überwiegend liberal" bis zu heftiger Kritik an ihrer sozialen Exklusivität und fehlenden demokratischen Orientierung[22]. Ähnlich stand der Einschätzung des deutschen Verwaltungsapparates als eines „backbone of Germany" im Chaos des Zusammenbruchs, von der nach lebhafter Kontroverse nur geringfügige Abstriche gemacht wurden, das Bild einer personell stark nationalsozialistisch infiltrierten, demoralisierten und in Komplizenschaft mit dem Nationalsozialismus handelnden Beamtenschaft gegenüber[23].

Die Beschäftigung mit den neuen Mittelklassen war von erheblichen Unsicherheiten geprägt. In den ersten Kriegsjahren fanden sie, außer bei Mende, kaum nennenswerte Beachtung, obwohl diese auch während des „Dritten Reiches" weiter anwachsenden Schichten nicht zuletzt ihrem Selbstverständnis nach einen Zuwachs für die bürgerliche Mitte darstellten. Die Deutung dieses Vorgangs als „Proletarisierung" ließ wesentliche Aspekte des Umschichtungsprozesses innerhalb des gesellschaftlichen Mittelfeldes unbeachtet[24]. Die Resonanz des Nationalsozialismus auch im neuen Mittelstand wurde nicht zuletzt mit Hilfe einer Verführungstheorie erklärt, während die ungewöhnliche Entfaltung sozialer Energien und die neue Mobilisierungsbereitschaft kaum in den Blick kam; allenfalls rief sie mehr von Hilflosigkeit denn Verständnis zeugende Reaktionen hervor.

Zu einer realistischeren Darlegung der sozialen Wirklichkeit, die den beamteten und angestellten Mittelschichten stärkere Beachtung schenkte, kam es in den letzten

---

[21] Vgl. die Rundfunksendung Kluthes zum Reformationstag am 31.10.1940 für den Sender „Hier spricht Deutschland . . .", in: BA, NL Kluthe 55, Bl. 6, und Kluthe an den mit der US-Sektion des Weltkirchenrats in Verbindung stehenden Hochschullehrer Ernst W. Meyer am 20.9.1941, in: BA, NL Kluthe 30, Bl. 457.

[22] Demuth an den sozialdemokratischen Kommunalpolitiker Carl Herz am 27.6.1944, in: Internationales Institut für Sozialgeschichte, NL C. Herz 423/1-41; A. Weber, A New Germany in A New Europe, London 1944, S. 106.

[23] Kluthe, The Backbone of Germany, Entwurf eines Leserbriefs an den „Spectator", o. D. (ca. 1942), in: BA, NL Kluthe 44, Bl. 244; kritisch dazu: Mende an Kluthe am 15.5.1942, ebenda 30, Bl. 594; Weber, A New Germany, S. 106.

[24] Eine Wahrnehmung dieser Problematik und ein unsicheres Tasten nach einer Stellungnahme läßt sich bis in die Weimarer Republik zurückverfolgen, wie etwa die Mitarbeit Kluthes in dem von Hermann Schäfer gegründeten „Deutsch-Sozialen Freiheitsbund" belegt, der „die abhängigen wie die selbständigen Mittelschichten" anzusprechen versuchte, vgl. Rundschreiben H. Schäfers „An die politischen Freunde!" vom 7.2.1933, in: BA, NL Kluthe 36, Bl. 20.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kriegsjahren. Sie war mit der Betonung von deren Rolle als Arbeitnehmer verbunden. In Phasen erneuerten Glaubens an die Regenerationsfähigkeit bürgerlicher Schichten hoffte man auf Zustrom aus dem neuen Mittelstand und auf dessen bürgerliche bzw. nicht-sozialistische Orientierung[25], d.h. auf eine Verbindung von Arbeitnehmerposition und Mittelschichtbewußtsein.

Diese Auffassung wurde nach außen hin mit besonderem Nachdruck von Mende vertreten. Nach seiner Analyse ging es um die Ablösung des unabhängigen Besitzbürgers durch den Angestellten, den für ihn sozialpsychologisch repräsentativen Typ der neuen Gesellschaft[26]. Demgemäß siedelte er die angestellten Mittelschichten im Sinne Theodor Geigers[27] außerhalb des traditionellen Bürgertums an. Anders als Geiger und eine wachsende Strömung im sozialistischen Exil sah Mende freilich im neuen Mittelstand kein Rekrutierungsfeld der Sozialdemokratie, sondern eine in sich vielfach differenzierte, neue mittelständisch-bürgerliche Schicht neben der Arbeiterschaft. Ihr schrieb er gesamtgesellschaftliche Führungsaufgaben in einem neuen Deutschland zu. Die von linksliberaler Seite selten zutreffend beurteilte Tendenz zur Verbreiterung des gesellschaftlichen Mittelfeldes durch Auf- und Abstiegsbewegungen analysierte er, abweichend vom überzogenen Klischee sozialen Abstiegs, am zutreffendsten.

Die Beurteilung von Bedeutung und Funktion der Arbeiterschaft und ihrer Organisation schließlich hatte planerische und praktisch-politische Bedeutung. Frühere Ansätze wurden durch die Erfahrungen mit Nationalsozialismus und politischem Exil verstärkt. In der von SPD und Gewerkschaften geführten Arbeiterschaft sah man neben den Kirchen die einzig resistente Kraft gegenüber dem Nationalsozialismus, die dominierende nichtkommunistische Gruppe im Exil und den Garanten demokratischer Stabilität im Nachkriegsdeutschland[28]. Ihre nie in Zweifel gezogene, maßgebliche Rolle beim deutschen Wiederaufbau gewann zusätzlich Bedeutung, sobald man sich von den gängigen Mittelstandsthesen löste. Eine demokratische Orientierung der Mittelschichten erschien dann wegen deren sozialer und ideologischer Labilität keineswegs als sicher, die Zusammenarbeit mit SPD und Gewerkschaften im Interesse der Sicherung eines bürgerlichen Mitspracherechts und demokratischer Stabilisierung dagegen als unerläßlich. Der Neuorientierungsprozeß

---

[25] Eine trotz überspitzter Formulierung typische Äußerung Kluthes gegenüber Erich Ollenhauer, Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstands im Exil, vom 21.6.1944 lautete: „Der tiefe Graben liegt nicht zwischen Sozialisten und ‚Bürgerlichen' (was ist das überhaupt?) ...", in: BA, NL Kluthe 30, Bl. 555.

[26] Mendes wichtigste Aussagen zu sozialem Standort und zukünftiger Bedeutung der Angestellten finden sich in den folgenden Artikeln der „Zeitung": „Vollendete Tatsachen", 14.8.1942, Nr. 284, „Rechenschaft", 3.9.1943, Nr. 339, und „Was nottut", 4.2.1944, Nr. 361.

[27] Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932 (Nachdruck Stuttgart 1967).

[28] Zur Einschätzung der politischen Rolle und Bedeutung von SPD und Gewerkschaften im Nachkriegsdeutschland durch linksliberale Exilanten vgl. bes. die Briefe Webers an Hans Vogel, den Vorsitzenden des sozialdemokratischen Exil-PV, vom 18.3.1944, in: AsD, Emigration/Sopade, Mappe 143, sowie Kluthes an Ollenhauer vom 21.6.1944, siehe Anm. 25.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

innerhalb des sozialistischen Exils wurde daher mit Aufmerksamkeit verfolgt. Je nach den eigenen Zielvorstellungen richtete sich das besondere Interesse auf unterschiedliche Strömungen wie etwa den liberal-demokratisch orientierten Sozialismus Curt Geyers, die volkssozialistische Richtung von Wenzel Jaksch oder die Analysen von „Neu Beginnen", insbesondere von Richard Löwenthal[29]. Insgesamt galten die Ansätze einer Reorientierung auf sozialistischer Seite den bürgerlichen Beobachtern als wichtige Voraussetzung für die Überwindung der Zerklüftung der Weimarer Gesellschaft in sozial und ideologisch stark voneinander abgegrenzte Lager.

Betrachtet man abschließend die Einschätzung der Chancen für eine Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, so zeigt sich eine widerspruchsvolle Spannung. Mit dem Bürgertum aller Schichten als Mitgestalter eines demokratischen Neuaufbaus glaubte man wegen dessen starker Identifizierung mit den Erfolgen des Nationalsozialismus nur bedingt rechnen zu können. Was die deutsche Gesellschaft als ganze betraf, so wurde auf der einen Seite – unter inzwischen unzeitgemäßer Berufung auf die Wahlergebnisse von 1932/33 – die Chance gesehen, die politisch indifferenten, dem Nationalsozialismus verfallenen Schichten zu gewinnen[30]. Daneben stand die Auffassung, daß den Deutschen insgesamt ein ausreichendes Demokratieverständnis und eine organisch gewachsene Tradition demokratischer Praxis fehlten[31]. Auch hatte man sich allmählich darauf eingestellt, daß eine aktionsfähige demokratische Opposition im Reich, die einen autonomen Neuaufbau tragen konnte, kaum vorhanden war.

II.

Die Schlußfolgerungen für Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, die aus der Einschätzung der Entwicklung im „Dritten Reich" und aus der Beurteilung der längerfristigen Tendenzen gezogen wurden, lassen sich an drei Bereichen aufzeigen, auf die nun näher einzugehen ist: an den gesellschaftspolitischen Konzepten sowie an den Vorstellungen zum Wirtschaftssystem und zur Verfassungsordnung. Zuvor sei auf die Frage eine Erneuerung der politisch-moralischen Wertvorstellungen eingegangen.

Das Exil hatte den Blick für die Vernichtung aller Maßstäbe für ein geordnetes

---

[29] Vgl. Kluthes Rezension von Curt Geyer, Die Partei der Freiheit, Paris 1939, in: Das wahre Deutschland, April 1940, Nr. 24, S. 31 f.: „Entwickelt sich die deutsche Sozialdemokratie zur ‚Partei der Freiheit' im Sinne Curt Geyers, dann betritt sie Boden, auf dem die ‚Deutsche Freiheitspartei' beheimatet ist." Zu den wichtigsten Versuchen sozialdemokratischer Neuorientierung im Exil vgl. Erich Matthias, Sozialdemokratie und Nation, Stuttgart 1952, bes. S. 216–234, und Werner Röder, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940–1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, Bonn-Bad Godesberg ²1973, bes. S. 39–43 und S. 63–70.

[30] Die stärkste Hoffnung auf Gewinnung der unpolitischen Massen hegte Kluthe, vgl. das undatierte Vortragsmanuskript „A New Germany in A New Europe" (1939/40), in: BA, NL Kluthe 44, Bl. 26.

[31] Weber, A New Germany, S. 18; Demuth, „Deutsche Weltpolitik unter Wilhelm II.", masch. Manuskript o. J. (1945/46), in: BA, Kl. Erw. 780, S. 147.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gemeinwesen ebenso geschärft wie für die jedes gewohnte Maß übersteigende Schuld, die Deutschland auf sich geladen hatte. Ohne gründliche Aufklärung über die NS-Verbrechen und die Perversion nationaler Loyalitäten und ohne tiefgreifende geistig-moralische Neubesinnung konnten sich die Emigranten einen umfassenden Neubeginn nicht vorstellen. Die Abweichungen in der Haltung des gesamten liberalen Exils und der Mehrheit der Liberalen in den Besatzungszonen sind hier besonders augenfällig. Eine tiefgreifende Erneuerung von Gesellschaft und Demokratie erforderte demgemäß – so sahen es linksliberale Emigranten überall in der Welt – eine grundlegende Veränderung des politischen Bewußtseins und der politischen Wertvorstellungen. Eine Übergangszeit zwischen bedingungsloser Kapitulation und der Rückkehr zu eigenverantwortlicher Staatlichkeit wurde als unumgänglich angesehen. Sie stellte keine Konzession an die Besatzungsmächte dar, die als Befreier galten und von denen man – allen gegenläufigen Strömungen zum Trotz – hoffte, daß sie zu Partnern eines autonomen demokratischen Aufbaus werden würden. In dieser Phase sollte der Prozeß geistig-moralischer Umorientierung in Gang gesetzt und durch personelle, zum Teil auch strukturelle Reformen untermauert werden. Die Säuberung der deutschen Gesellschaft von Hauptkriegsverbrechern und NS-Aktivisten erschien als Gebot der politischen Moral und Voraussetzung demokratischer Rekonstruktion. Demgegenüber rangierte die Verfassungsgebung im Gesamtablauf staatlicher Erneuerung, anders als 1919, an letzter Stelle.

Die einmütige Überzeugung, daß das politisch-moralische Vakuum nach der Umwertung aller Werte durch den Nationalsozialismus nur langsam und nicht ohne gezielte Maßnahmen aufzufüllen sein würde, führte zu Übereinstimmungen mit den Reeducation-Absichten der westlichen Siegermächte. Das mußte keine Zustimmung im Detail bedeuten, auch wenn man sich mit deren Wertvorstellungen im Einklang befand. Ein eigenes „Umerziehungs"-Konzept ist aber nicht entwickelt worden. Spärliche Hinweise auf erste Einzelmaßnahmen mit dem Ziel von Selbstkritik und Selbstreinigung zeigen starke Ähnlichkeit mit wirkungslos gebliebenen amerikanischen Experimenten. Daß erfolgreiche Umerziehung nur von Deutschen selbst geleistet werden konnte, war nicht strittig, auch wenn englisch-amerikanische Rükkendeckung als Hilfe zur Selbsthilfe durchaus für erforderlich gehalten wurde[32]. Eine erste Möglichkeit dazu sahen Demuth und Kluthe in der Mitarbeit in der von der britischen Regierung organisierten Kriegsgefangenenschulung.

Spätestens seit dem deutschen Einmarsch in Frankreich hatte sich eine Korrektur des Deutschlandbildes als ein Akt moralischer Selbsterhaltung und Glaubwürdigkeit als unumgänglich erwiesen. Mit vorsichtigen Modifikationen an der undifferenzierten Konzeption des „wahren Deutschland" aus den frühen Exiljahren war die Beto-

[32] Eine kurze Darlegung einiger Probleme der Besatzungsherrschaft und der Sofortmaßnahmen im Interesse der Umerziehung sowie von deren positiven Zielsetzungen bei Weber, A New Germany, bes. S. 44–55; vgl. den von „Carolus" verfaßten Beitrag „Propaganda", in: Die Zeitung vom 7.7.1944, Nr. 383 (unter dem Pseudonym „Carolus" konnte nach Auskunft Mendes jeder Redakteur zu heiklen Themen Stellung nehmen), und die radikalen Forderungen des letzten DDP-Vorsitzenden Erich Koch-Weser von 1943, in: BA, NL Koch-Weser 58, Bl. 92–102.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nung einer Mitschuld verbunden, die eindringlich auf die Pflicht zur Wiedergutmachung hinwies. Gegen die pauschale Kollektivschuldthese verwahrte man sich indes bis Kriegsende entschieden. So hieß es in einem der ersten Appelle Kluthes an seine Landsleute im Reich: „Uns alle beflecken die Verbrechen Hitlers, solange wir ihn nicht aus eigener Kraft beseitigt haben." Und: „Was wir immer befürchtet haben, ist eingetreten: das deutsche Volk wird mit den Schandtaten Hitlers immer mehr identifiziert", nämlich mit den „Ungeheuerlichkeiten, die jeden Deutschen ... mit Scham und Erbitterung erfüllen müssen"[33]. Gleichsam auf die Pflicht zu dieser Scham, die zwangsläufig jede Distanzierung von der deutschen Vergangenheit und erst recht jedes unangemessene Auftrumpfen verbot, hinzuweisen, das hielt Weber noch in seiner Rede vor dem Heppenheimer Parteitag der FDP im Dezember 1948 für angebracht. Die Reaktionen zeugten von wenig Verständnis für dieses Anliegen[34].

Die völkerrechtswidrige, destruktive Expansions- und Ausbeutungspolitik sowie die Vernichtung der Gegner im Inneren und in den besetzten Gebieten wurde solidarisch mit den Betroffenen als eine Hypothek erkannt, deren Abtragung nur durch eine „geistige und moralische Erneuerung Deutschlands" zu leisten sei. Das hieß zugleich, Deutschland „zu einer gemeinsamen Wertordnung" zu führen, „für die europäischen Ideen" zurückzugewinnen[35].

Eine solche Reorientierung verlangte, darüber bestand weitgehend Einigkeit, eine Revision der ausschließlich nationalgeschichtlichen Betrachtungsweise sowie des nationalen Selbstverständnisses. Deutsche Geschichte sollte aus ihrer nationalistischen Verengung befreit und wieder eingefügt werden in gesamteuropäische Zusammenhänge mit ihren humanistischen und demokratischen Traditionen. Demokratie und Nation sollten, im westlichen Sinne, endgültig miteinander versöhnt werden. Die These von der „Fehlentwicklung" des deutschen Nationalstaats zwischen Bismarck und Hitler – in ihren Grundzügen im Exil von dem linksliberalen Juristen und Historiker Erich Eyck und anderen Emigranten entwickelt[36] und von der neue-

[33] [Kluthe], „Wahres Deutschland?", in: Das Wahre Deutschland, Juni 1940, Nr. 26, S. 1 f. Ähnlich der Mitbegründer der DStP und ehemalige politische Redakteur des „Berliner Börsen-Courier", Joseph A. Bondy, in der Zeitung vom 8. 9. 1944, Nr. 392 („Die Unschuldigen"), und vom 8. 12. 1944, Nr. 405 („Die letzte Probe"). Aufschlußreich für die Bedeutung dieser Problematik für einen Prozeß allmählicher Distanzierung von der deutschen Nation ist die Korrespondenz zwischen Kluthe und dem aus dem Umfeld der DDP hevorgegangenen späteren Professor der deutschen Sprache und Literatur, Richard H. Samuel, bes. Samuels Briefe vom 25. 6. und 20. 11. 1941 (irrtümlich: 1940), in: BA, NL Kluthe 21, Bl. 158 und 210 f.

[34] Protokoll des Parteitags der FDP in Heppenheim vom 11./12. 12. 1948, in: Friedrich-Naumann-Stiftung, Archiv des Deutschen Liberalismus, FNSt-ADL 45.

[35] So Mende in einer grundsätzlichen Erörterung der „Ordnung der Werte" am Beispiel „Frankreich und Deutschland", in: Die Zeitung vom 6. 8. 1943, Nr. 335.

[36] Hier interessiert vor allem: Erich Eyck, Bismarck, 3 Bde., Erlenbach-Zürich 1941–1944, ²1963; vgl. Klaus Hildebrand, Erich Eyck, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Deutsche Historiker, Bd. III, Göttingen 1971, S. 98–119. Mendes positives Echo auf Eycks Bismarck-Biographie in seinem Schreiben an Eyck vom 14. 2. 1943, in: BA, [Teil-]NL Eyck, FC 3087 N, und Mendes Rezension „Lord Palmerston hatte recht", in: Die Zeitung vom 21. 4. 1944, Nr. 372.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ren Forschung wieder aufgegriffen – fand als Ausgangsbasis für ein erneuertes Geschichtsbild nun aber keine ungeteilte Zustimmung bei Linksliberalen im Exil. Strittig war weniger die Kritik an politisch-sozialen und ideengeschichtlichen Komponenten der deutschen Staatsentwicklung, dem Kategoriensystem deutschen außenpolitischen Denkens und an einer unreflektierten Bismarck-Verehrung[37], als vielmehr die Gewichtung dieser Faktoren und ihre ursächliche Verknüpfung mit Aufstieg und Sieg des Nationalsozialismus. Wurde das nationale Geschichtsbild nicht selten „schwer, aber gründlich revidiert"[38], so blieben daneben doch gelegentlich Reste älterer Denkmuster erhalten. Der Ruf nach Abkehr vom „deutschen Sonderweg" wurde – durchaus differenziert und ohne gradlinigen Determinismus – am nachhaltigsten von Mende und der „Zeitung" erhoben[39].

Im Zentrum aller Bemühungen um ein erneuertes nationales Denken stand die Forderung, den nationalen Machtstaat und seine Großmachtansprüche durch eine pluralistische europäische Staatengemeinschaft, „ein internationales Sicherheits- und Rechtssystem" zu überwinden[40]. Den neuen europäischen Denkansatz, der die letzten Überreste einer liberalen Variante des Weimarer Revisionismus verdrängte, suchte vor allem Mende zu vertiefen. Er forderte einen neuen Staatsbegriff in Überwindung Hegelscher Vorstellungen vom Staat als Selbstzweck und kreiste immer wieder um das Verhältnis zwischen Recht bzw. Moral und „Realpolitik", um den „Konflikt zwischen Moral und nationalem Interesse"[41]. Gerade weil der nationale Gedanke illusionslos als noch immer geschichtlich wirksame Kraft begriffen wurde, sah man die Notwendigkeit, ihn in ein neues Prioritätensystem politischer Werte einzureihen und zu einer veränderten Zuordnung von Nation und internationaler Gemeinschaft zu gelangen, zu einem „neuen Geist der internationalen Solidarität"[42]. Ein wiederentdeckter, europäischer Universalismus bot die Möglichkeit, den Nationsbegriff aus seiner Verabsolutierung lösen, ihn an „die lebendigen Werte der

---

[37] Die Auseinandersetzung mit den Methoden deutscher Außenpolitik nach Bismarck nahm den breitesten Raum ein. Vgl. Demuths masch. Manuskripte „Bismarck" (1945) und „Deutsche Weltpolitik", in: BA, Kl. Erw.780; vgl. auch Mende, „Bismarcks Drachensaat", in: Die Zeitung vom 2.10.1942, Nr.291; gemäßigte Kritik an den ungelösten sozial- und innenpolitischen Spannungen des preußisch-deutschen Nationalstaats bei Weber, A New Germany, S.11–18.

[38] Demuth, „Bismarck", siehe Anm.37.

[39] Zuerst in einer Artikelserie über „Die Ursprünge des Nationalsozialismus", in: Die Zeitung vom 9.9.–19.9.1941, Nr.155–164. Eine strikte Zurückweisung jeder kausalen Verbindung zwischen deutscher Vergangenheit und Nationalsozialismus bei Kluthe, etwa in dem Vortrags-Manuskript für die Kriegsgefangenenschulung „Die deutsche Jugend und die Zukunft" (1946), in: BA, NL Kluthe 44, Bl.385.

[40] Mende, „Rechenschaft", in: Die Zeitung vom 3.9.1943, Nr.339; vgl. den undatierten Brief Kluthes an Hans Joachim Schoeps (Anfang 1943), in: BA, NL Kluthe 30, Bl.533.

[41] Beide Themen wurden am häufigsten von Mende behandelt, z.B: „Deutsche Grundlagen" und „Schuld und Sühne", in: Die Zeitung vom 16.9.1941 und 21.7.1944, Nr.161 und 385; vgl. Kluthes Polemik gegen die „mystische Eigenexistenz" des Staates in „Die deutsche Jugend", Bl.387, siehe Anm.39.

[42] Kluthe „Die Festung der Freiheit", in: Das wahre Deutschland, Juli 1940, Nr.27, S.1.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

europäischen Vergangenheit" binden und damit ein neues Deutschland in ein neues Europa zurückführen zu können[43]. Das Bezugssystem bildeten die westeuropäische, liberal geprägte Wertewelt und die gesamteuropäisch verstandene, christlich-abendländische Tradition. Als deren „feststehende Werte" sah Mende „den Glauben an objektive Ordnung außerhalb und oberhalb des Staates, an das im Grunde geistige Wesen des Menschen, an die persönliche Freiheit und an die menschliche Gemeinschaft"[44]. Die Nation hatte sich in diese Ordung einzufügen. Ob nun die Werte des europäisch-abendländischen Erbes mehr im traditionellen Sinne begriffen wurden oder – wie vor allem Christentum und Freiheit – einer „Neudefinierung" unterzogen werden sollten[45], in jedem Fall war eine Verknüpfung von Tradition und Evolution kennzeichnend für das Bemühen um einen Wandel des politischen Denkens. Zu den bedeutendsten Beiträgen liberaler Exilpublizistik auf diesem Gebiet zählten in Großbritannien die Erörterungen Mendes und der „Zeitung".

Als Ausgangs-, nicht aber Endpunkte der Neugestaltung von Gesellschaft und Demokratie begriffen, erfuhren die traditionellen – nach 1918/19 nur noch wenig herausgestellten – liberalen Postulate der Freiheit des Individuums und der Rechtsstaatlichkeit eine erneute Rückbindung an Aufklärung und Naturrecht sowie zusätzliche Fundierung in der abendländischen Tradition der Antike und des Christentums[46] – ein Trend im gesamten liberalen Lager im inneren wie im äußeren Exil. Trotz der Berufung auf das historische Erbe wurden die Neubegründung des Rechts im nationalen und internationalen Rahmen wie auch die Freiheit der Person und jeder einzelnen Nation als zukunftsweisende, systemüberwindende Konzepte verstanden. In Mendes Formulierung: „Inzwischen ist die Freiheit ein nationales und soziales Ideal geworden, von solcher Reichweite, daß die Grenzen nur allmählich abgesteckt werden können . . ., kein statischer, sondern ein dynamischer Begriff"[47]. Die soziale Erweiterung des Freiheitsbegriffs zum Postulat sozialer Sicherheit für die arbeitenden Massen in der Industriegesellschaft, Neuansatz bzw. Fortentwicklung im Denken der Sprecher des Londoner liberalen Exils, dürfte indes kaum allgemeine Zustimmung gefunden haben. Ihnen galt soziale Absicherung als unabdingbare Voraussetzung für die materielle Verwirklichung persönlicher Freiheit, sozialen Ausgleichs und demokratischer Stabilität, schließlich auch als Garantie gegen neo-

[43] Mende, „Europa Gestern, Heute und Morgen", in: Die Zeitung vom 26.6.1942, Nr. 277; vgl. den Titel von Webers Buchveröffentlichung von 1944, siehe Anm. 22.

[44] Mende, „Europa Gestern, Heute und Morgen", siehe Anm. 43.

[45] Mende, ebenda. Für ein traditionelles Verständnis abendländischer Werte: [J. A. Bondy] „Welche Folgen hätte ein Hitler-Europa?" in: Das wahre Deutschland, August 1940, Nr. 28, S. 10.

[46] Vgl. Kluthe an den Zivilrechtler und Rechtsphilosophen Prof. Franz Haymanns am 29.1.1945, in: BA, NL Kluthe 10, Bl. 107; Mende, „Frankreich und Europa", in: Die Zeitung vom 7.5.1943, Nr. 322, und „Dreißig Jahre", ebenda, 7.7.1944, Nr. 383.

[47] Mende, „Dreißig Jahre", ebenda. Die Modalitäten der „Erneuerung des deutschen Rechts" erläuterte der linksliberale Berliner Rechtsanwalt und frühere Präsident der Vereinigung der deutschen Kammervorstände, später Hochschullehrer und Präsident des obersten Gerichtshofs für die britische Zone, Ernst Wolff, in: Die Zeitung vom 15.9.1944, Nr. 393.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nazistische oder „quasi-revolutionäre" Strömungen nach Kriegsende[48]. Daß „die ökonomischen und socialen Fragen" noch in keinem Land einer Lösung nähergebracht worden seien[49], stellte einen der Hauptgründe für Webers pessimistische Beurteilung der deutschen und europäischen Zukunft im Sommer 1943 dar. Der Abstand zu dem weitgehend formalen Verfassungsverständnis der DDP war beträchtlich. Die Wiedererrichtung der deutschen Demokratie sollte sich nicht auf geistige Erneuerung und verfassungsrechtliche Korrekturen beschränken. Das unablässige Bemühen, neue und humanere Formen menschlichen Zusammenlebens auf der Grundlage einer fundamentalen moralischen Regeneration und sozialen Neuordnung zu entwickeln, weist zahlreiche Parallelen zu den undogmatischen Reformansätzen des Kreisauer Kreises auf[50].

In der auch in zahlreichen anderen bürgerlichen Gruppen gehegten Hoffnung auf einen besonderen Beitrag zur geistigen Neuorientierung von Seiten der Kirchen – soweit diese sich der Einordnung in den totalitären Staat widersetzt hatten – drückte sich die Erschütterung des Glaubens an eine ausreichende Gestaltungskraft liberaler Werte und Konzepte aus. Diese Erwartungen richteten sich vor allem auf die Ausfüllung des geistig-moralischen Vakuums durch Anknüpfung an die christlich-ethischen Grundlagen der säkularisierten westlichen Zivilisation, auf eine Überbrückung personeller Engpässe in der Stunde der deutschen Niederlage, zum Teil auch auf Anstöße für soziale Reformen. Daneben ermöglichte die Rückbesinnung auf die jede nationale Absonderung übergreifenden Wurzeln christlicher Kultur zugleich die Wiedereinfügung der erneuerten deutschen Nation in die abendländische Völkergemeinschaft[51]. Mit der Hinwendung zu den Kirchen war indes nicht an eine Wiederbelebung nationalkonservativer kirchlicher Traditionen oder des konfessionellen Elements in der deutschen Parteienlandschaft gedacht.

Nicht zuletzt ging es um eine grundlegende Erneuerung der deutschen politischen Kultur in Angleichung an westeuropäische Muster. Im einzelnen wurde immer wieder auf Werte wie Toleranz und Humanität, individuelle Verantwortlichkeit, die Verteidigung individueller und kollektiver Freiheiten und die Notwendig-

---

48 Als Beleg für ein häufig variiertes Thema siehe Mende, „Rechenschaft", in: Die Zeitung vom 3.9.1943, Nr.339.

49 Weber an Koch-Weser am 17.8.1943, in: BA, NL Koch-Weser 60, Bl.96.

50 Dazu Hans Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, in: Walter Schmitthenner/Hans Buchheim (Hrsg.), Der deutsche Widerstand gegen Hitler, Köln 1966, S.73–167, jetzt in: Hermann Graml (Hrsg.), Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten, Frankfurt/M. 1984, S.14–91; Wilhelm Ernst Winterhager, Politischer Weitblick und moralische Konsequenz. Der Kreisauer Kreis in seiner Bedeutung für die deutsche Zeitgeschichte, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 38/1987, S.402–417.

51 Einige Beispiele: „Deutschland – die Missionsaufgabe der Zukunft" (vermutlich von Kluthe), in: Das wahre Deutschland, Juni 1940, Nr.26, S.13ff., und Kluthes abschließender Zusatz zu einem Artikel von Ehrenberg mit der Erwartung, „daß unser Volk . . . wieder ein wertvoller Faktor im Rahmen des christlichen Abendlandes wird": Ehrenberg, „Die Bekennende Gemeinde und das deutsche Volk", ebenda, S.22; Mende, „Was ist Deutsch?", in: Die Zeitung vom 12.9.1941, Nr.158; Demuth, „Demokratie", in: BA, Kl. Erw.780.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

keit rationaler Konfliktlösung hingewiesen. Demgemäß schien es vorab geboten, einen Grundkonsens über die Prinzipien demokratischer Herrschaft herzustellen und Verständnis für die „Spielregeln" demokratischer Meinungsbildung und Entscheidungsfindung zu wecken[52]. Mit einer Änderung traditioneller Bewußtseins- und Verhaltensformen sollten zugleich – so sahen die Liberalen es in Übereinstimmung mit britischen Beobachtern – überkommene nationalistische Wertschätzungen und militaristische Prägungen des deutschen Soziallebens überwunden werden. Demokratie wurde als eine allmählich wachsende Lebensform verstanden, die eine politische Kultur auf der Grundlage liberaler Tugenden zur Voraussetzung hatte[53].

Die Ordnungsvorstellungen für Gesellschaft und Wirtschaft nahmen, soweit sie auf Systemwandel abgestellt waren, die Tendenz zur Einebnung sozialer Strukturen und eine vermeintliche Auszehrung der Grundlagen des kapitalistischen Systems zum Ausgangspunkt[54]. Ziel der Überlegungen war eine sozial ausbalancierte Gesellschaft, nicht die Beseitigung der ökonomischen Grundlagen des Nationalsozialismus. Gemäß dem politisch geprägten Faschismusverständnis liberaler Exilanten, für die der Kapitalismus nur ein Element des Ursachengeflechts für den nationalsozialistischen Erfolg war, zielten antifaschistische Reformen vorwiegend auf personelle und institutionelle Veränderungen im gesellschaftlichen Bereich. Den machtpolitischen Hemmnissen für eine künftige demokratische Entwicklung in Deutschland wurde letztlich größere Bedeutung beigemessen als den sozio-ökonomischen Faktoren.

Weitgehende Übereinstimmung bestand in der Diagnose eines überproportional angewachsenen Arbeitnehmersektors in Industrie und Verwaltung neben einem stark geschrumpften Mittelstand in Gewerbe, Handel und Bauerntum und einer dezimierten Gruppe von privaten Großbesitzern in Industrie und Finanz[55]. Auch wenn die soziale Abhängigkeit breiter Schichten stark betont wurde, spielten bei den gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen der Liberalen Fragen des Bewußtseins und

---

52 [Kluthe], „Mensch und Staat", in: Das wahre Deutschland, Okt.–Dez. 1939, Nr. 22, S. 21 ff., bes. S. 24; Mende, „Europa Gestern, Heute und Morgen" und „Die Frankfurter Zeitung", in: Die Zeitung vom 26. 6. 1942 und 20. 8. 1943, Nr. 277 und 337.

53 Dazu Mendes scharfe Kritik an der Praxis der Weimarer Demokratie: „Demokratie ohne Demokraten", in: Die Zeitung vom 8. 10. 1943, Nr. 344; vgl. Weber, A New Germany, S. 109. Zu isolierender Überzeichnung des deutschen Nationalismus und Militarismus neigte „Die Zeitung", deren Leitartikel vom 28. 1. 1944, Nr. 360, den Militarismus definierte als eine „Denk- und Handlungsweise, die Staat, Volk, Recht und Gesetz, Religion und Erziehung den Bedürfnissen der bewaffneten Macht unterordnet"; vgl. Demuth, „Deutsche Weltpolitik", in: BA, Kl. Erw. 780.

54 So Weber bereits 1939; vgl. seine als Diskussionsgrundlage gedachten masch. „Notizen" vom 5. 7. 1939, in: BA, NL Kluthe 46, Bl. 196 ff.; grundlegend für Mende: „Vollendete Tatsachen", in: Die Zeitung vom 14. 8. 1942, Nr. 284.

55 [Kluthe], „Deutschland von morgen", in: Das wahre Deutschland, Juni 1939, Nr. 18, S. 14 f.; Weber, A New Germany, S. 116. Für eine ähnliche Beurteilung der sozialen Umschichtungen und der Transformation des Kapitalismus im „Dritten Reich" durch linkssozialistische Exilanten vgl. Helga Grebing, Was wird aus Deutschland nach dem Krieg? Perspektiven linkssozialistischer Emigration für den Neuaufbau Deutschlands nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur, in: Exilforschung 3/1985, S. 43–58, bes. S. 45.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des jeweiligen Selbstverständnisses dieser Gruppen und Schichten die Hauptrolle. Sie lagen allen Therapievorschlägen zugrunde, denen im übrigen der gesamtgesellschaftliche Ausgangspunkt und ein das Interesse breiter abhängiger Schichten berücksichtigendes Gemeinwohlkonzept gemeinsam war. Für den sozialen Konservativismus Mendes bedeutete das, stärker als für den „Großkapitalisten" Weber[56], eine konsequente Fortentwicklung seiner Überlegungen aus der Zeit vor 1933.

Die liberalen Vorstellungen, in sich facettenreich, verfolgten das Ziel, Deutschland zu einer bürgerlich-demokratischen Mittelschichtengesellschaft fortzuentwikkeln. Der Proletarier sollte Bürger, die neuen Mittelschichten sollten integriert, der verbleibende mittelständische Sektor sollte stabilisiert werden. Sozialer Friede in einer sozial ausbalancierten Gesellschaft, Aussöhnung der Klassen durch friedliche Konfliktlösung im Wege sozialer Kooperation – das war das zentrale Konzept. In veränderter Form wurde hier ein Grundanliegen Friedrich Naumanns wieder aufgegriffen. Das optimistische Welt- und Menschenverständnis Kluthes war bei Ablehnung sozialistischer Planungs- und Lenkungsmaßnahmen und der Befürwortung einer aktiven staatlichen Sozialpolitik offen für unterschiedliche Wege[57]. Dagegen kreiste Webers Denken – vor dem Hintergrund veränderter industrieller Besitzverhältnisse – um eine Überwindung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit durch die Institutionalisierung partnerschaftlicher Zusammenarbeit im Betrieb und im politischen System. Hier ergaben sich Berührungspunkte zu ordoliberalen Ansätzen.

Der Erhaltung und Förderung von Kleingewerbe und Bauerntum am Rande der industriellen Mittelschichtengesellschaft hafteten, damaligen Strömungen entsprechend, ähnlich restaurative Züge an wie anderen Konzepten sehr unterschiedlicher ideologischer Provenienz, vom „Demokratischen Deutschland" in der Schweiz über Röpke bis zum konservativen Widerstand[58]. Sie waren verbunden mit der Forderung nach begrenzter Reagrarisierung durch Bodenreform im Interesse ländlicher Siedlung und der Verlegung von Agrarindustrien in ländliche Bezirke. Die Stabilisierung des kleingewerblichen Sektors sollte durch Rückgewinnung wenigstens eines Teils der in die Industrie abgewanderten Handwerker erreicht werden.

Züge einer „formierten Gesellschaft", wie sie auch in Webers Vorstellungen anklingen, bestimmten vor allem Mendes Überlegungen zu einer Neugliederung der industriellen Massengesellschaft, die einen mittelständisch-demokratischen Ein-

---

[56] So die Selbstbezeichnung Webers, in: Heinrich Fraenkel (Hrsg.), Der Weg zu einem neuen Deutschland, London 1943, S. 49. Zu Mende vgl. dessen Erinnerungen.

[57] Vgl. u. a. Kluthes Verweis auf das schwedische Vorbild „eines sozialen Liberalismus" in der Rundfunksendung vom 9. 3. 1941, in: BA, NL Kluthe 55, Bl. 437 f.; Weber, A New Germany, S. 115 und 129 f.

[58] Die „Grundsätze und Richtlinien für den deutschen Wiederaufbau ..." des „Demokratischen Deutschland" vom Mai 1945 sind abgedruckt bei Wolfgang Benz (Hrsg.), „Bewegt von der Hoffnung aller Deutschen". Zur Geschichte des Grundgesetzes, Entwürfe und Diskussionen, München 1979, S. 103–126; zu Röpke vgl. Anm. 14. Für die Vorstellungen der konservativen Opposition zur Rolle des gewerblichen und bäuerlichen Mittelstands vgl. Hans Mommsen, Gesellschaftsbild, S. 33–39; Weber am ausführlichsten in: A New Germany, S. 139–153.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schlag erhalten sollte. Gedanken dieser Art waren auch dem im brasilianischen Exil lebenden letzten Vorsitzenden der DDP, Erich Koch-Weser, nicht fremd. Sie standen in deutlicher Kontinuität zu Strömungen des gesellschafts- und verfassungspolitischen Denkens im Linksliberalismus während der letzten Weimarer Jahre[59]. Als die drei Säulen der Gesellschaft galten Mende die Angestellten, das Bauerntum und die Arbeiterschaft. Von den Angestellten als der prägenden, mittelständisch verstandenen Schicht in der zukünftigen Gesellschaft erhoffte er sich eine herausragende Rolle, auch wenn deren ideologische Ausrichtung noch ungewiß erschien. Das Bauerntum als unabhängiges und potentiell demokratisches Element in einem festgefügten ländlichen Milieu sollte durch eine Bodenreform als Gegengewicht zu den dominierenden lohnabhängigen Schichten gestärkt werden. Eine wichtige Funktion im Prozeß sozialer Neubildung und Integration war den Gewerkschaften zugedacht. Nachdem „die Zahl der ‚gewerkschaftsfähigen' Menschen in Europa, ... die in irgend einem sozialen Abhängigkeitsverhältnis" standen, stark angestiegen war, ging es darum, die Gewerkschaften aus einem „Teil der sozialen Selbstverwaltung ... zu Trägern der wirtschaftlichen Selbstverwaltung zu entwickeln"[60], sie aus einer klassengebundenen Organisation zu Vertretern gesamtgesellschaftlicher Interessen zu machen. Das Verhältnis von parteipolitischer Repräsentation und berufsständisch gefärbter Gliederung der Gesellschaft blieb in der Schwebe. Trotz der Zurückhaltung gegenüber einer pluralistisch-liberal organisierten Gesellschaft läßt der Gesamtzusammenhang von Mendes politischem Denken darauf schließen, daß an eine Synthese beider Prinzipien in der Absicht gedacht war, den ungehemmten Machtkampf pluralistischer Interessen einzudämmen.

In den Überlegungen zur wirtschaftspolitischen Neugestaltung ging es um eine Alternative zwischen staatsfreiem Industriekapitalismus und staatswirtschaftlichen oder sozialistischen Modellen, nachdem die strukturellen Veränderungen des Kapitalismus im NS-Staat irreversibel erschienen. Hinsichtlich der konkreten Lösungsvorschläge läßt sich freilich ein Differenzierungsprozeß verfolgen, an dessen Ende die Vertreter gemeinwirtschaftlicher Vorstellungen neben marktwirtschaftlich orientierten Liberalen standen – eine Parallele zur Spaltung des in der frühen CDU zusammengefaßten Bürgertums in einen christlich-sozialen und einen marktwirtschaftlichen Flügel. In der Vorgeschichte des überwiegend sozialkonservativ orientierten westdeutschen Nachkriegsliberalismus hat es insoweit auch vereinzelte strukturverändernde Ansätze gegeben. Verstanden sie sich zwar in erster Linie als Antwort auf die sozialökonomischen Veränderungen und die durch den „vast swindle" der DAF nicht erfüllte Verheißung sozialen Friedens, so ging es daneben auch darum, neofaschistischen oder nationalbolschewistischen Alternativen nach der

[59] Vgl. Ernst Portner, Koch-Wesers Verfassungsentwurf. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der deutschen Emigration, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 14 (1966), bes. S. 291 f.

[60] [Mende], „Treuhänder", in: Die Zeitung vom 23. 2. 45, Nr. 416. Zu Mendes mehr angedeuteten als näher ausgeführten Vorstellungen gesellschaftlicher Neugliederung siehe „Trümmerfeld Deutschland" und „Was nottut", in: Die Zeitung vom 29. 1. 1943 und 4. 2. 1944, Nr. 308 und 361. Für die Bewertung des Bauerntums vor 1933, die in den 40er Jahren fortwirkte, vgl. seine Erinnerungen.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

militärischen Niederlage vorzubeugen. Vor allem Weber sah diese Gefahr durch Teilsozialisierungen bzw. Demontagen in Groß- und Rüstungsindustrie nicht hinreichend gebannt. „The fascist idea will not come to the end of its tether before the justified claims of the poorer classes have been met."[61]

An dieser Stelle sei der Webersche Entwurf von 1944 vorgestellt[62]. Es handelt sich um einen gesamtgesellschaftlich orientierten, von einer Wechselwirkung zwischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ausgehenden Ordnungsentwurf. Der gemeinwirtschaftliche Ansatz verband ihn auf seiten des bürgerlichen Lagers nicht nur mit den Überlegungen Mendes oder der Liberaldemokratischen Vereinigung innerhalb des „Demokratischen Deutschland", sondern besonders auch mit Vorstellungen zahlreicher vom christlichen Sozialismus beeinflußter Gruppen.

In einer gemischten Wirtschaftsverfassung war neben einem öffentlichen Sektor verstaatlichter Grundstoffindustrien ein gemischtwirtschaftlicher industrieller Bereich vorgesehen. Durch die Beteiligung von öffentlichem neben privatem Kapital nach dem machtverteilenden Prinzip sollte der Einfluß von privaten Unternehmerinteressen zurückgedrängt, wenn auch nicht völlig ausgeschaltet, und die Berücksichtigung der Belange der Arbeitnehmer sichergestellt werden. In der Annahme, daß die Mehrheit der industriellen Unternehmen nach Kriegsende von staatlichen Wiederaufbaukrediten abhängig sein würde, war an eine Einschaltung der öffentlichen Hand durch Umwandlung von Darlehen in staatliche Beteiligungen gedacht. Kleingewerbe und Landwirtschaft schließlich sollten auf genossenschaftlicher Basis reorganisiert werden. Dem gemeinwirtschaftlichen Anliegen industriellen Wiederaufbaus entsprachen Elemente direkter und indirekter staatlicher Planung und Lenkung, die Forderung betrieblicher Mitbestimmung im Management (die freilich die Prinzipien der Parität und gewerkschaftlichen Repräsentation unerwähnt ließ) und der Gedanke der Gewinnbeteiligung. Das Postulat einer Zusammenarbeit von Regierung, Arbeitgebern und Arbeitnehmern – ein Kernelement dieses Ordnungsentwurfs, der sich als eine Etappe auf dem Weg weiterer zukünftiger Veränderungen verstand – war für die betriebliche Ebene präziser umrissen als für die nationale. Unscharf blieben, wie in manchen ähnlichen Modellen, Form und Inhalt staatlicher Planung und Steuerung sowie deren Verhältnis zum kapitalistischen Konkurrenzprinzip, das zwar eingeschränkt, aber nicht völlig außer Kraft gesetzt werden sollte. Ungeachtet der weltanschaulichen Differenzen, gab es hier einige Parallelen zu den Planungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

In Mendes Vorstellungen klang ein korporativer Einschlag wirtschaftlicher Reorganisation etwas stärker an, der – fern aller konservativ-autoritären, faschistischen oder nationalsozialistischen Varianten – in der deutschen Tradition organisierter Interessenvermittlung stand. Das läßt sich hauptsächlich an zwei Problemkreisen ablesen: Die Neutralisierung wirtschaftlicher Macht zielte nicht auf Sozialisierung

---

[61] Weber, A New Germany, S. 117; Mende, „Rechenschaft", in: Die Zeitung vom 3.9.1943, Nr. 339; Kluthe an Spiecker am 13.9.1943, in: BA, NL Kluthe 22, Bl. 369.

[62] Vgl. Weber, A New Germany, bes. S. 115–130; ders., in: Fraenkel, S. 48 f.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

oder Staatsbeteiligung an privatem Kaptial, sondern sie war darauf gerichtet, der „Gesellschaft selbst Anteil am industriellen Eigentum" zu geben[63]. Das bedeutete „Entprivatisierung" von Grundstoffindustrien und Monopolen in Form einer Aufteilung privaten Eigentums auf mehrere Träger, darunter Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Daneben gibt es Hinweise auf eine Entlastung staatlich-bürokratischer Planung – letztere ein Kernstück von Mendes wirtschaftspolitischen Überlegungen – durch die Beteiligung von berufsmäßig gegliederten Selbstverwaltungsorganen an der wirtschaftspolitischen Entscheidung und Ausführung. Von Mitbestimmung war hier nicht die Rede. Mendes pragmatischer Zugang und die fehlende institutionelle und inhaltliche Konkretisierung lassen nicht erkennen, wie weit sich seine Gedanken mit Selbstverwaltungskonzepten katholischer, gewerkschaftlicher oder linkssozialistischer Provenienz berührten. Von der traditionellen Interventionsfeindlichkeit des Linksliberalismus waren beide Entwürfe jedenfalls weit abgerückt. Staatlich-bürokratische Einwirkungen auf den Wirtschaftsprozeß wurden als Faktum, weitgehend auch als Notwendigkeit verstanden, deren Konsequenzen es freilich zu mildern galt[64]. Daneben erschien die Eindämmung des Machtmißbrauchs industrieller Führungsschichten als eine wesentliche Voraussetzung politischen und sozialen Friedens.

Parallel zur Erarbeitung neuer Ordnungsmodelle läßt sich ein Prozeß allmählicher Rückwendung zu liberal-kapitalistischen Organisationsformen feststellen, und zwar in Gestalt eines „sozialen Kapitalismus". Das von der zeitgenössischen Diskussion ausgelöste Bemühen um eine liberale Stellungnahme zum Problem wirtschaftlicher Planung, „die der Notwendigkeit des Planens und den Freiheitswünschen des Individuums Rechnung trägt" und für die der genossenschaftliche Gedanke „Lösungsmöglichkeiten" zu bieten schien[65], wurde zu den Akten gelegt. Ob die Veröffentlichungen von Röpke, die seit Ende 1942 im Gespräch waren, dabei eine Rolle spielten, läßt sich nicht schlüssig nachweisen.

Die Offenheit dieser Position, der es vor allem auf antibesitzbürgerlich orientierte, soziale Korrekturen an einem marktwirtschaftlichen System ankam, kam besonders in Kluthes Interesse für andere damalige Programme zum Ausdruck, etwa für das der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien vom Herbst 1944 oder für die Kölner Leitsätze der CDU vom Juni 1945; es gab auch

---

[63] Mende, „Treuhänder"; zum folgenden: ebenda und „Was nottut", wie Anm. 60. Eine in der deutschen Tradition stehende Neigung aller politischen Lager, sich in den ersten Nachkriegsjahren korporativer Ausgleichsmechanismen zur Überwindung der sozial-ökonomischen Krise zu bedienen, betont Diethelm Prowe, Economic Democracy in Post-World War II Germany: Corporatist Crisis Response, 1945–1948, in: The Journal of Modern History 57/1985, S. 451–482.

[64] Bei Mende, „Weimar nach 25 Jahren", in: Die Zeitung vom 24. 3. 1944, Nr. 368, hieß es: „Die Massengesellschaft jedoch verlangt den starken Staat, der seine soziale Neutralität aufgeben muß, wenn die politische Freiheit, die soziale Sicherheit nicht zu leeren Schlagworten werden sollen"; vgl. Weber, A New Germany, S. 129 f., 137 f.

[65] Kluthe an Muehlon am 27. 7. 1939, in: BA, NL Kluthe 28, Bl. 240. Anschauliche Belege für ein Tasten nach neuer wirtschaftspolitischer Orientierung finden sich auch in Samuels Briefen an Kluthe vom 25. 1., 1. 12. und 15. 12. 1942, in: BA, NL Kluthe 21, Bl. 223, 297 und 299.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine begrenzte Zustimmung zu neoliberalen Konzepten. Nicht von ungefähr gingen diese Überlegungen – im Gegensatz zu den ordnungspolitischen Reformansätzen – bei Kriegsende kaum noch von einer Bedrohung durch eine nationalsozialistische Untergrundbewegung aus. Das dürfte mit dazu beigetragen haben, das Reformanliegen etwas in den Hintergrund treten lassen. Die Weichenstellungen der Jahre 1947/48 fielen hier, wie das Beispiel Kluthe zeigt, auf fruchtbaren Boden.

Die gemeinwirtschaftlichen Neuordnungspläne entsprachen dagegen der vagen antikapitalistischen Stimmungslage der unmittelbaren Nachkriegszeit mehr. Nach den Erfahrungen mit deutscher Zwangsbewirtschaftung und britischer Sozialisierung, der Verzögerung eines staatlich mitfinanzierten industriellen Neubeginns und vor dem Hintergrund der bald ausschlaggebenden politischen Rolle der USA vollzog sich jedoch zum Teil eine Neubestimmung der Prioritäten. So gewann für Weber der wirtschaftliche Wiederaufbau mit Hilfe von Marshallplan-Krediten und eine soziale Marktwirtschaft Erhardscher Prägung den Vorrang vor strukturellen Reformen. Demgemäß sah er sich auch später in Heppenheim, wo er sich vergeblich um einen Sitz im Parteivorstand der FDP bemühte, keineswegs als Opfer einer amerikanischen Restaurationspolitik. Die ursprünglich geforderten Veränderungen im Sinne gemischtwirtschaftlicher Organisationsformen in der Industrie wurden aufgegeben. In der Frage der Bodenreform, die vor allem in den deutschen Ostgebieten zur Durchführung kommen sollte, erhielten wirtschaftliche Erwägungen eindeutig Vorrang vor politischen. Festgehalten wurde dagegen an dem zentralen Gedanken sozialer Kooperation einschließlich der Mitbestimmung[66].

Nicht von ungefähr setzen wir die Skizzierung der Verfassungsmodelle an den Schluß unserer Betrachtung. In seiner Skepsis hinsichtlich der geistigen und sozialen Nachkriegssituation am radikalsten, wurde Mende nicht müde, immer wieder zu betonen: „Nichts wäre verhängnisvoller, als mit fertigen Konstruktionen auf Grund alter Doktrinen den Neubau auf dem Trümmerfeld beginnen zu wollen."[67] Wichtiger für die demokratische Neuordnung erschienen – neben der geistig-moralischen Erneuerung – die politischen Säuberungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sowie die Heranziehung demokratischer deutscher Kräfte durch die Besatzungsmächte. Dadurch sollte nicht zuletzt das deutsche Interesse an einer demokratischen Rekonstruktion gewonnen und gestärkt werden. Webers Vorschlag, unmittelbar nach der Kapitulation eine Art provisorischer Regierung als Beirat mit beschränkten exekutiven Funktionen aus Persönlichkeiten von unbestritten demokratischer Inte-

[66] Weber, Acht Wochen Westdeutschland, masch. Ms., Oktober 1949, in: IfZ-Archiv, ED 210/23; Webers Rede in Heppenheim: siehe Anm. 34; vgl. Webers masch. Lebenserinnerungen (1956), S. 289 ff. und 319 f., in: BA, Kl. Erw. 384. Ein ähnliches Abrücken von früheren Reformkonzepten läßt sich am Beispiel der Liberaldemokratischen Vereinigung in der Schweiz verfolgen, die das Programm der LDPD vom 5.7.1945 übernahm, vgl. „Das Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ‚Demokratisches Deutschland'", Jg. 2, Nr. 11/12 vom Juli 1946, S. 5.

[67] Mende, „Was nottut", in: Die Zeitung vom 3.2.1944, Nr. 361.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

grität einzusetzen, erinnerte an ähnlich realitätsferne Pläne Brünings[68]. Ein anderer Ansatzpunkt für die Beteiligung und Schulung demokratischer Kräfte wurde im Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung gesehen.

Am Beginn jeder Rekonstruktion eines demokratischen Verfassungs- und Verwaltungsstaats hatte freilich nach Auffassung liberaler Emigranten die Bestrafung und politische Ausschaltung der Hauptschuldigen des NS-Regimes und sämtlicher Aktivisten zu stehen. Damit wurde das Ziel der Beseitigung künftiger Gefahren für Demokratie und Frieden, nicht aber eine Veränderung zu Lasten einzelner sozialer Gruppen verfolgt. Der Kreis der Betroffenen konnte – etwa bei der Sanktion der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Zeit – bis hin zu sämtlichen vor dem 30. Januar 1933 der NSDAP beigetretenen Mitgliedern und zu den „Märzgefallenen" gezogen sein. Die Maßnahmen gegen Hauptschuldige reichten – zum Teil ähnlich rigoros wie von Koch-Weser vorgesehen – bis hin zur physischen Beseitigung und zur Errichtung von Internierungslagern bzw. zu Arbeitseinsätzen. Insgesamt jedoch galt eine klare Unterscheidung zwischen Aktivisten und „Mitläufern" im Interesse der allmählichen Befriedung der deutschen Gesellschaft als unerläßlich[69].

Umstritten blieb der Umfang der personellen Auffrischung und Demokratisierung der Verwaltung. Neben der Forderung nach radikalem personellen Neuaufbau stand die Vorstellung von der Bürokratie als einem Ordnungsfaktor im deutschen Zusammenbruch, der über die Auswechslung der Führungseliten hinaus nicht geschwächt werden dürfe. An eine umfassende strukturelle Reform des öffentlichen Dienstes im Sinne britischer und amerikanischer Vorstellungen war nicht gedacht. Wenn Einzelforderungen zugunsten eines sozial offenen und politisch neutralen Beamtentums mit neuem Amtsverständnis vorgetragen wurden, zielte das, ohne dessen rechtliche Grundlagen anzutasten, auf eine Anpassung der Tradition des deutschen Beamtenstaates an moderne soziale Gegebenheiten[70].

Die Vorstellungen über die Inhalte einer neuen Verfassung lassen erhebliche Differenzen erkennen. Sie beruhten auf den unterschiedlichen Schlußfolgerungen, die aus der deutschen Verfassungstradition und den langfristigen sozialen Veränderungen gezogen wurden. Zwischen den beiden Flügelpositionen eines pluralistischen parlamentarischen Parteienstaats im Sinne Kluthes und dem nicht-parlamentarischen demokratischen Rechtsstaat Mendes, der Parallelen zu einzelnen Elementen

---

[68] Vgl. Rudolf Morsey, Emigration und Nachkriegsplanung. Vorschläge und Vorstellungen Heinrich Brünings über den Neuaufbau in Deutschland, in: Lothar Albertin und Werner Link (Hrsg.), Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland, Düsseldorf 1981, S. 231 f.

[69] Die „Zeitung" widmete den politischen und rechtlichen Problemen der politischen Säuberung im letzten Kriegsjahr zunehmend ihre Aufmerksamkeit; Weber, A New Germany, S. 49 f., 87, 113. Vgl. auch Weber in: Fraenkel, S. 49 f.

[70] So Weber, A New Germany, S. 103–109. Zu den Reformvorstellungen der britischen Besatzungsmacht vgl. Ulrich Reusch, Deutsches Berufsbeamtentum und britische Besatzung. Planung und Politik 1943–1947, Stuttgart 1985.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

im Verfassungsdenken der konservativen Opposition aufwies, vertrat Weber mit seinem gemäßigten Parlamentarismus eine mittlere Position. Da nur dessen Vorstellungen in Form knapper Richtlinien vorliegen (während Mendes Verfassungsentwurf aus den frühen vierziger Jahren für den halbamtlichen Foreign Research and Press Service noch nicht aufgefunden werden konnte), lassen sich hier lediglich die wichtigsten Grundtendenzen skizzieren:

1. Einhelliger Konsens bestand über die Errichtung eines Rechtsstaats freiheitlich-demokratischer Prägung, der nach den Erfahrungen mit der „Machtergreifung" dem von liberalen Emigranten vielfach vertretenen Prinzip der „streitbaren Demokratie" folgen und eine Betätigung antidemokratischer Kräfte unterbinden sollte. Ebenfalls unangefochten war das Postulat der Sozialstaatlichkeit, dessen Propagierung weit über die offizielle linksliberale Weimarer Politik hinausführte, auch wenn es individuell Anknüpfungspunkte an frühere Ansätze gab[71].

2. Dem Problem einer handlungsfähigen Exekutive wurde, wie in allen verfassungspolitischen Überlegungen vor und nach 1945, besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Anknüpfend an die Konstruktionsmängel der Weimarer Verfassung und an die Weimarer Verfassungswirklichkeit bewegte sich das Denken in den bekannten Bahnen von Wahlrechtsreform und Beseitigung des Dualismus von Reichspräsident und Reichstag. Dieser Dualismus wurde im Sinne der späteren Entscheidung des Parlamentarischen Rats durch Stärkung der Regierung gegenüber dem Parlament und Beschränkung der Rechte des Staatsoberhaupts aufgelöst. Nur nach Mendes Konzept einer „gezähmten Demokratie", das einer relativ breiten Strömung verfassungspolitischen Denkens innerhalb der DStP entsprach, war die Regierung in ihren Entscheidungen völlig unabhängig vom Parlament[72].

---

[71] Vgl. Kluthes Ablehnung der Toleranz „gegenüber der Intoleranz", zuletzt in: „Das Ende der Weimarer Republik", masch. Ms. 1946, in: BA, NL Kluthe 44, Bl. 345. – Als ein Beispiel positiver Bewertung der Entwicklung „von der liberalen zur sozialen Demokratie" vgl. Mende: „Lloyd George und seine Zeit", in: Die Zeitung vom 15. 1. 1943, Nr. 306.

[72] Webers Verfassungskonzept in: A New Germany, S. 85–109. Kluthes Forderungen nach einer „starken Führung" sind im Zusammenhang mit seinen parlamentarisch-parteienstaatlich orientierten Demokratievorstellungen zu sehen, vgl. ein undatiertes Vortragsmanuskript aus der Nachkriegszeit (ca. 1948), in: BA, NL Kluthe 46, Bl. 307 f. Mendes verfassungspolitische Vorstellungen sind nur aus dem Gesamtzusammenhang seines politischen Denkens zu erschließen. Die Hinweise auf das Modell einer „gezähmten Demokratie" auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts und auf die Zusammensetzung der Zweiten Kammer, die sich organisch in die knappen Ausführungen der „Zeitung" einfügen lassen, verdanke ich einer mündlichen Auskunft von Dr. Mende; vgl. seine beiden Aufsätze in der „Zeitung" vom 8. und 15. 10. 1943, Nr. 344 und Nr. 345: „Demokratie ohne Demokraten" und „Unsichtbare Regenten" sowie „Weimar vor 25 Jahren", ebenda, 24. 3. 1944, Nr. 368. – Für das Verfassungsdenken von DDP und DStP vgl. Jürgen C. Heß, Wandlungen im Staatsverständnis des Linksliberalismus der Weimarer Republik 1930–1933, in: Wirtschaftskrise und liberale Demokratie. Das Ende der Weimarer Republik und die gegenwärtige Situation, hrsg. von Karl Holl, Göttingen 1978, S. 46–88; ders., Überlegungen zum Demokratie- und Staatsverständnis des Weimarer Linksliberalismus, in: Geschichte und Gegenwart. Festschrift für K. D. Erdmann, hrsg. von Hartmut Boockmann/Kurt Jürgensen/Gerhard Stoltenberg, Neumünster 1980, S. 289–311.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

3. Über die Rolle von Parteien und Parlament im politischen System bestand keine einheitliche Auffassung. Während die Parteien in den pluralistischen Parlamentarismuskonzepten als wichtige Entscheidungsträger angesehen wurden, war es ein Hauptanliegen der Pläne mit gouvernementalem Einschlag, den Einfluß von Parteien und Parlament zugunsten der Unabhängigkeit der Exekutive und zusätzlicher berufsständischer Ausgleichsmechanismen zurückzudrängen. Diese gegen Parteien und Parlament als Träger eigenständigen politischen Handelns gerichteten Überlegungen standen in derselben linksliberalen Tradition exekutiven Denkens, die maßgebliche Mitglieder der Staatspartei in der Weimarer Verfassungskrise für zeitlich begrenzte, autoritäre Lösungen zu Erhaltung der Demokratie eintreten ließ. Den unterschiedlichen Konzepten lagen stark voneinander abweichende Vorstellungen von Demokratie und Parlamentarismus zugrunde. Die restriktiven Demokratiemodelle beruhten auf der Annahme, daß die andersartigen politischen und sozialen Traditionen der deutschen Geschichte mit ihrer Tendenz zu starker Polarisierung eine auf Parteien und Parlament gegründete Demokratie nicht oder nur mit Einschränkungen zuließen. Das stete Bemühen um Stärkung und Absicherung einer demokratisch legitimierten Exekutive und das Mißtrauen gegenüber dem Konfliktlösungspotential von Parteien und Parlament hatten hier eine ihrer Hauptwurzeln[73]. Diese Einschätzungen begünstigten noch in den Exiljahren das Fortleben der Vorstellung eines über den Parteien stehenden Staates und eine Ablehnung des demokratisch-parlamentarischen Parteienstaats als eines für alle industriellen Gesellschaften uneingeschränkt geeigneten Verfassungsmodells. Wie weit sich Mende mit seinen Vorstellungen in Einzelpunkten den Entwürfen Koch-Wesers oder Goerdelers und des Kreisauer Kreises näherte, ist nicht zu ersehen. Ungeachtet gelegentlicher Übereinstimmungen im Prinzipiellen und Verfassungsorganisatorischen – nicht zuletzt hinsichtlich der herben Kritik an Parlamentarismus und politischen Parteien wie des Rückgriffs auf den Selbstverwaltungsgedanken als strukturtragendes Verfassungsprinzip – ging Mende erkennbarer von der Realität der Massen als politischem Machtfaktor in der modernen Industriegesellschaft aus. Für Repräsentanten älterer sozialer Strukturen gab es hier ebenso wenig Raum wie für vordemokratische Gemeinschaftsbildungen. Abstriche am Gleichheitsprinzip des Wahlrechts, wie sie von Goerdeler und den Kreisauern erwogen wurden, würden sich in den Gesamtrahmen seines verfassungspolitischen Denkens kaum eingefügt haben. In der Verbindung von berufsständischen und demokratischen Elementen hatte die demokratische Komponente ihr eigenes Gewicht. Festzuhalten bleibt dennoch, daß die

Für die FDP-Mitglieder im Parlamentarischen Rat siehe Erhard H. M. Lange, Politischer Liberalismus und verfassungspolitische Grundentscheidungen nach dem Kriege, in: Lothar Albertin (Hrsg.), Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik, Göttingen 1980, S. 48–91.

[73] Für eine in manchen Punkten vergleichbare Variante linksliberalen Demokratie-Verständnisses vor 1933 vgl. jetzt die Interpretation von Friedrich Meineckes Verfassungsdenken durch Harm Klueting, „Vernunftrepublikanismus" und „Vertrauensdiktatur": Friedrich Meinecke in der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift 242/1986, S. 69–98.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Staatsautorität in den Vorstellungen von Weber und Mende eindeutigen Vorrang hatte vor dem Ausbau parlamentarischer Entscheidungsstrukturen, auf die es den Befürwortern eines parlamentarischen Parteienstaats ankam[74].

4. Auch die vorgesehene Zusammensetzung der Zweiten Kammer wirft ein Licht auf die zum Teil eher „konstitutionell" geprägten Demokratievorstellungen, die jede „Übertreibung" des demokratischen Gedankens zurückwiesen[75]. Die berufsständisch konzipierte Kammer Mendes und der durch Gesetzgebungskompetenzen gestärkte Reichswirtschaftsrat Weimarer Provenienz von Weber sollten – ähnlich wie der Reichsrat im Verfassungsentwurf Koch-Wesers – sachliches Urteil und zusätzliche Integrationsmechanismen für die Einbindung widerstreitender gesellschaftlicher Interessen bereitstellen, also eine Entschärfung und Entpolitisierung von Interessen bewirken, ohne damit sozialkonservative Absichten verfolgen zu wollen.

5. Die Fixierung einer geschlossenen Wirtschafts- und Sozialordnung in der Verfassung blieb strittig. Das Konzept des parlamentarischen Parteienstaats war auf wirtschaftspolitische Neutralität und Offenheit der Verfassung hin angelegt, während Weber und Mende eine förmliche Verankerung der politisch-sozialen Kräfteverhältnisse im Interesse von Reformen befürworteten.

6. Im Verhältnis Bund-Länder schließlich sollte die überfällige territoriale Neugliederung im Sinne eines dezentralisierten Bundesstaats erfolgen. Mit dem Konzept eines auch für die britische Besatzungsmacht akzeptablen, wenngleich noch wenig konkretisierten Föderalismus dieses Verständnisses bekämpfte die „Zeitung" antipreußische Sentiments und alliierte Aufteilungspläne. Derartige, Föderalismus und Dezentralisierung verbindende Überlegungen waren zum Teil mit dem Gedanken der Selbstverwaltung als „Schlüssel zur Demokratie" verknüpft. Selbstverwaltung sollte neben ausreichender sozialer Absicherung die Massen erst befähigen, „am Leben und der Entwicklung der öffentlichen Angelegenheiten auf Grund eigenen Urteils mitzuwirken". Sie sollte der Entartung der Demokratie zu einem Instrument

[74] Auf die „Vorbereitungsarbeit für den Neuaufbau eines Parteiwesens in Deutschland" und die frühzeitige Beteiligung der Parteien am Wiederaufbau hat Kluthe am nachdrücklichsten gedrängt, vgl. Kluthe an Jaeger am 1. 8. 1941, in: BA, NL Kluthe 30, Bl. 221. Wichtige Parallelen zu Vorstellungen Mendes wie auch Webers finden sich in einer Denkschrift Theodor Eschenburgs, die für einen gemäßigten Parlamentarismus eintrat; vgl. Wolfgang Benz, Staatsneubau nach der bedingungslosen Kapitulation. Theodor Eschenburgs „Überlegungen zur künftigen Verfassung und Verwaltung in Deutschland" vom Herbst 1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 33 (1985), S. 166–213. Eschenburg war seit 1930 in der DStP stärker hervorgetreten und hatte Mende politisch nahegestanden. Wichtige gemeinsame Grundgedanken sind etwa die Notwendigkeit eines gründlichen und langwierigen Erneuerungsprozesses vor der Verfassungsgebung, demokratische Neubildung und Schulung von der kommunalen Ebene ausgehend, was zugleich verantwortungsbewußte Persönlichkeiten an Stelle der politischen Parteien begünstigen sollte, dementsprechend eine sehr reservierte Haltung gegenüber den Parteien und deren frühzeitiger Zulassung. Vgl. auch Wolfgang Benz, Eine liberale Widerstandsgruppe und ihre Ziele. Hans Robinsohns Denkschrift aus dem Jahre 1939, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 29 (1981), S. 437–471.

[75] Webers Kritik an der „exaggeration of democratic idealism" in der Weimarer Republik, in: A New Germany, S. 130.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verantwortungsloser und „anonymer Cliquen" vorbeugen[76]. Der Selbstverwaltungsgedanke konnte einen gegen die Parteien gerichteten Akzent tragen, wie bei Mende, oder auch nur ergänzenden Charakter haben, so in den Parlamentarismusvorstellungen Demuths. Selbstverwaltung als Schule der Demokratie von der unteren Verwaltungsebene an stand den Prinzipien demokratischer Mitverantwortung von der untersten Parteiebene ab gegenüber, auf dem das Kluthesche Modell des Parteienstaats beruhte[77].

Zu den Vorstellungen von der Zukunft des Parteiensystems und des parteipolitisch organisierten Liberalismus seien an dieser Stelle nur zwei Hinweise eingefügt. Zum einen galt die Umstrukturierung des deutschen Parteiensystems mit dem Ziel einer Überwindung der Weimarer Zersplitterung als ebenso unabdingbar wie aussichtsreich, zum anderen war die Wiederbegründung einer liberalen Partei nicht vorgesehen – sei es im Interesse der Zusammenfassung aller nicht-sozialistischen Kräfte oder sei es unter Verweis auf die bereits erfüllte historische Aufgabe des politischen Liberalismus. Zeitweilig war an eine sozial breit gefächerte, konfessionell nicht gebundene, demokratische Volkspartei neben der SPD gedacht[78]. Abgesehen von dem Zustrom konservativer Schichten, ließ die frühe Betonung des konfessionellen Elements bei der CDU das Konzept einer nicht-sozialistischen Sammlungspartei liberalen Gepräges jedoch bald hinfällig werden.

Auffallend ist schließlich, daß Fragen der Legitimierung der Demokratie oder der Elitenbildung in den Erörterungen liberaler Emigranten eher am Rande gestreift wurden. Für die Verfechter eines parlamentarischen Parteienstaates stellte die Demokratie den „neutralen Ordnungsrahmen dar, der ... mit den verschiedensten Inhalten erfüllt werden kann"[79]. Unter der Voraussetzung, daß sich – anders als in der Weimarer Republik – ein Grundwertekonsens erzielen ließ, galt die parlamentarische Demokratie als die geeignete Verfassungsform, um den in Deutschland historisch gewachsenen politischen und sozialen Pluralismus durch permanenten Kompromiß zum Ausgleich zu bringen. Während Mende diese liberale Position in Frage stellte, bedurfte sie für Weber einer Weiterentwicklung durch zusätzliche institutionelle Stützen. Einig war man sich darin, daß ein demokratisches System die Elitebildung im Sinne einer offenen Gesellschaft am besten gewährleistet.

---

[76] Mende, „Ein Programm für Deutschland (II)" und „Rechenschaft", in: Die Zeitung vom 8.9.1944 und 3.9.1943, Nr. 392 und 339. Der Selbstverwaltungsgedanke, der auch in den liberalen Nachkriegsparteien viel diskutiert wurde, ist von Mende nicht näher ausgeführt worden. Ein Beispiel für das Föderalismusverständnis der „Zeitung": Mende, „Programm für Deutschland", ebenda, 17.3.1944, Nr. 367.

[77] Vgl. etwa Kluthes Appell an die Kriegsgefangenen in „Die deutsche Jugend", in: BA, NL Kluthe 44, Bl. 390; Demuth zu Demokratie, Parlamentarismus, Selbstverwaltung siehe „Demokratie", in: BA, Kl. Erw. 780.

[78] Dazu: Kluthe an Spiecker am 1.8.1943, 16.9.1944 und 29.7.1945, in: BA, NL Kluthe 22, Bl. 367, 388 und 405. Mende hat den Charakter einer nicht-sozialistischen Partei neben SPD und KPD in der „Zeitung" offengelassen. Nach eigenen Aussagen schwebte ihm eine Partei mittelständisch-bäuerlichen Gepräges vor.

[79] Kluthe, „Die deutsche Jugend", Bl. 389, und Demuth, „Demokratie", siehe Anm. 77.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zusammenfassend lassen sich in den skizzierten Vorstellungen zwei gegenläufige verfassungstheoretische Entwicklungen ausmachen: Die Linie eines reformierten „Weimar", die in den pluralistischen parlamentarischen Parteienstaat des Grundgesetzes einmündete, und diejenige eines überwundenen „Weimar", die eine Anpassung an die sozialen Veränderungen im Rahmen der bürgerlich-liberalen Demokratie nicht mehr für möglich hielt, das parlamentarische Repräsentationsprinzip in Frage stellte und in den politischen Parteien nur bedingt taugliche Instrumente des sozialen Interessenausgleichs sah. Der in den letzten Weimarer Jahren im Linksliberalismus verstärkt erkennbare Trend zur Bewältigung der Verfassungskrise mit gouvernementalen Mitteln lebte in Teilen des Exils noch fort. Bei der Bewertung der Funktion der politischen Parteien und des Interessenpluralismus in industriellen Gesellschaften wurde ein deutlicher Unterschied gemacht zwischen den historischen und sozialen Voraussetzungen demokratischer Ordnung in Deutschland einerseits, in England andererseits. Die Befürworter eines parteienstaatlichen Parlamentarismus ließen dagegen eine Tendenz zur Demokratisierung der Verfassung durch Verbreiterung der durch die politischen Parteien vermittelten Partizipationschancen erkennen. Neue verfassungstheoretische Energien wurden also ebensowenig sichtbar wie im Nachkriegsliberalismus.

III.

Das Bild wäre unvollständig ohne einige kurze Bemerkungen zum Verhältnis der im Exil entwickelten liberalen Konzeptionen und der Neuformierung von Gesellschaft und Demokratie in der Phase der Besatzungsherrschaft. Es ist deutlich geworden, daß die innere Ordnung der späteren Bundesrepublik in den unfertigen, zum Teil auch offenen Konzepten nicht im einzelnen vorgedacht worden ist. Dennoch gab es eine Entwicklungslinie, die schon bei Kriegsende, bzw. mit gewisser Phasenverschiebung, darauf angelegt war, die späteren Weichenstellungen der westlichen Besatzungsmächte und der deutschen Akteure mitzuvollziehen und mitzutragen. Der Orientierungswandel breiter bürgerlicher Kreise im Nachkriegsdeutschland hatte seine Parallele im Abrücken liberaler Exilanten von einigen ihrer ordnungspolitischen Reformansätze der Kriegszeit. Deren gesellschaftliche Prämissen und sozialen Ziele galten jedoch zum Teil weiterhin als Leitlinie. Sie führten zu erheblicher Kritik an der unzureichenden sozialen Ausgleichswirkung marktwirtschaftlicher Praxis und an antisozialistischen Bürgerblocktendenzen[80]. Die Chancen für eine Entwicklung zur Mittelschichtengesellschaft drohten, so schien es, schon im Ansatz blokkiert zu werden. Daneben gab es freilich auch Anzeichen dafür, daß das Interesse an gesellschaftspolitischem Ausgleich erneut durch die nationale Frage und internationalen Konflikte überlagert wurde.

[80] Vgl. Webers Rede auf dem Parteitag in Heppenheim, siehe Anm. 34, und seinen Bericht: Acht Wochen Westdeutschland, siehe Anm. 66.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die zweite, von Mende vertretene Entwicklungslinie war dadurch gekennzeichnet, daß sie bei unbedingter Bejahung demokratischer Erneuerung, einschließlich der politischen Wertvorstellungen des Westens, westliche Demokratiemodelle, also die liberale Verfassungstradition wie auch die uneingeschränkt liberale Organisation von Gesellschaft und Wirtschaft ablehnte. Auch wenn der Gedanke regionaler und funktionaler Selbstverwaltung als Ergänzung des parlamentarischen Parteienstaats in der Diskussion nach 1945 durchaus noch eine Rolle spielte, so entzogen doch die extreme Mobilität bei Kriegsende und die Anforderungen moderner staatlicher Organisation diesen Prinzipien als strukturbildenden Elementen von Staat und Gesellschaft auch in den Augen ihrer Verfechter allmählich jede Grundlage. Damit fand diese Entwicklungslinie – trotz ihrer Nähe zu den Grundwertepositionen des Grundgesetzes und trotz des Fortlebens vereinzelter korporativer Elemente in der deutschen Wirklichkeit – keinen Eingang mehr in die deutsche Nachkriegsdemokratie.

Während die Fragestellung nach Neubeginn und Restauration für unser Thema wenig erhellend ist, läßt die Betrachtung der unmittelbaren Nachkriegsentwicklung unter dem Aspekt gesellschaftlicher Modernisierung die Grenzen des liberalen Reformpotentials erkennen. Der Erneuerungswille der liberalen Emigranten konnte sich nie ganz von den traditionellen sozialen Gegebenheiten und Denkformen befreien. Er erwies sich in Konfliktsituationen nach Kriegsende ohne offensive Kraft. Allerdings entsprach die im ganzen gemäßigte, kriegsbedingte Modernisierung der deutschen Gesellschaft mit ihrer weitreichenden Beseitigung der einstigen belastenden Elemente eines demokratischen Verfassungslebens und liberalen Sozialklimas zu einem guten Teil jenen Forderungen, die von Linksliberalen im Exil formuliert worden waren. Ob ähnliche Erneuerungsprozesse auch ohne den militärischen Zusammenbruch von einem liberalen Durchsetzungswillen hätten in Gang gesetzt werden können, erscheint fraglich. In vielen seiner Auswirkungen führte der Modernisierungsprozeß, besonders wo er im Zusammenhang mit Industrialisierung und Verstädterung bürgerliche und bäuerliche Mittelschichten berührte, erheblich über liberale Zielvorstellungen hinaus[81].

Was die Chancen eines demokratischen Neubeginns betraf, so wurde der Verzicht auf antikapitalistische Strukturreformen von den liberalen Beobachtern im Exil kaum noch als Gefahr angesehen, auch nicht wirklich die bald vor allem im öffentlichen Dienst einsetzende personelle Restauration. Vermißt wurde in diesem Kreis vielmehr eine echte Katharsis und die klare Abgrenzung gegenüber der Vergangenheit, ihrem politischen Stil und ihren politischen Werten, denen häufig die humanistische Fundierung gefehlt hatte. In diesem Bereich haben liberale Emigranten am nachhaltigsten auf der Notwendigkeit einer Erneuerung beharrt.

---

[81] Zum Gesamtkomplex gesellschaftlichen Wandels zwischen Weimar und Bundesrepublik vgl. Ludolf Herbst (Hrsg.), Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986.

Jahrgang 37 (1989), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte